

Protokoll (Wortprotokoll zu TOP 1)

der öffentlichen Sitzung

des Verfassungs- und Bezirksausschusses

Sitzungsdatum: 23. Juni 2017
Sitzungsort: Hamburg, in Rathaus, Festsaal
Sitzungsdauer: 12:05 Uhr bis 14:55 Uhr
Vorsitz: Abg. Carola Veit (SPD)
Schriftführung: Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung: Martina Haßler

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9413 Volkspetition „G20 stoppen: Für Frieden und Gerechtigkeit“ im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam statt G20“ – Unterrichtung durch die Präsidentin –

hier: Anhörung einer Vertreterin bzw. eines Vertreters der Petentinnen und Petenten gemäß § 7 des Gesetzes über Volkspetitionen
2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Barbara Duden (SPD)
Abg. Dr. Kurt Duwe (FDP)
Abg. Dennis Gladiator (i.V.) (CDU)
Abg. Gerhard Lein (i.V.) (SPD)
Abg. Farid Müller (GRÜNE)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (i.V.) (SPD)
Abg. Olaf Steinbiß (SPD)
Abg. Carola Veit (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD)
Abg. Antje Möller (i.V.) (GRÜNE)
Abg. André Trepoll (CDU)

III. Vertreterin und Vertreter der Volkspetition „G20 stoppen: Für Frieden und Gerechtigkeit“

Herr Artur Brückmann
Herr Armin Günther
Frau Golnar Sepehrnia

IV. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dagmar Deuber, Johannes Düwel, Martina Haßler, Dr. Jörn Rathje

V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Ca. 80 Personen

Zu TOP 1:

Vorsitzende: Meine Damen und Herren, dann darf ich Sie alle ganz herzlich begrüßen zur heutigen Sitzung des Verfassungs- und Bezirksausschusses mit dem einzigen Tagesordnungspunkt heute, der Anhörung einer Vertreterin beziehungsweise eines Vertreters der Petentinnen und Petenten der Volkspetition "G20 stoppen: Für Frieden und Gerechtigkeit". Die zugrunde liegende Drucksache 21/9413 hat die Bürgerschaft diesem Ausschuss überwiesen und wir haben jetzt die Aufgabe, das Anliegen der Petentinnen und Petenten anzuhören und, wenn wir mögen, auch zu erörtern. Streng formal wäre es so, dass nur ein Vertreter der Petentinnen und Petenten hier das Rederecht hätte. Wir haben uns im Vorfeld darauf geeinigt, dass Sie alle drei auch gern zu Wort kommen dürfen. Ja, darin sind wir uns einig. Und ich glaube, wir sind uns auch darüber einig, dass es nicht nur einmal die

Gelegenheit gibt, das Wort zu ergreifen, sondern dass wir hier in ein Gespräch eintreten wollen. Ich habe Ihnen auch gestattet, vor der Sitzung an die Abgeordneten noch einmal Material zu verteilen, das ist nur zur Information, aber in diesem Fall in Ordnung.

Das sind die Vorbemerkungen. Ich denke, wir können direkt einsteigen in die Beratungen. Wie gesagt, Sie haben das Recht, hier Ihr Anliegen zu erläutern. Wir werden uns in dieser Sitzung mit dieser Petition befassen, darüber haben wir uns auch verständigt, und müssen nachher uns noch darüber verständigen, den Bericht über diese Beratung nachträglich auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftssitzung zu setzen. Das machen wir aber am Ende der Beratung. Wir steigen jetzt ein und ...

(Abg. Christiane Schneider: Ich möchte noch vorher etwas sagen!)

Es gibt noch Bemerkungen der Fraktionen. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich würde ein Wortprotokoll beantragen wollen.

Vorsitzende: Das war ohnehin der Plan, ich habe nur vergessen, es einmal beschließen zu lassen. Also dann besteht natürlich Einvernehmen, dass wir ein Wortprotokoll machen. Vielen Dank.

Und Herr Brückmann, Herr Günther, Frau Sepehrnia, herzlich willkommen bei uns. Sie haben jetzt die Gelegenheit, Ihr Anliegen zu erläutern. Und das wäre dann auch der Beginn, wo wir dann die Funk- und Filmaufnahmen beenden würden. Wer beginnt? Wer mag beginnen? Golnar Sepehrnia? Bitte schön.

Frau Sepehrnia: Ja, schönen guten Morgen oder schönen guten Tag. Ich fange gar nicht an, ich habe nur eine Bitte, dass nämlich alle Abgeordneten bitte dafür Sorge tragen, dass wir Ihre Namensschilder gut sehen können. Das ist nämlich nicht bei allen der Fall, vor allem bei Ihnen beiden und die beiden Herren da haben keins. Das wäre jedenfalls ganz nett, soweit das möglich ist.

Vorsitzende: Gut. War es das, oder?

(Frau Sepehrnia: Das war alles, was ich jetzt sagen wollte!)

Herr Günther beginnt, jetzt geht es richtig los. Bitte schön.

Herr Günther: Ja, liebe Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe interessierte Öffentlichkeit. "G20 stoppen – Demokratisch wirken: Für Frieden und Gerechtigkeit" ist der Titel der der Petition, die wir hier heute zu vertreten haben. Wir haben 14 585 Unterschriften gesammelt, von denen 10 074 als gültig gewertet wurden. Wir haben nicht allein in den Hamburger Hochschulen, sondern auf Märkten und in Parks, vor Bibliotheken und bei Sportveranstaltungen, auf Straßenfesten und Flohmärkten gesammelt und dabei mit dem ganzen repräsentativen Querschnitt der Bürgerinnen und Bürger Argumente ausgetauscht. Mit Sekretärinnen und Sekretären, mit Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleuten, Gastwirtinnen und Gastwirten, Kaufleuten, Soldatinnen und Soldaten, Beschäftigten der Krankenhäuser und der Verwaltung, mit Lehrern und Erwerbslosen, Erzieherinnen und Erziehern und Professorinnen und Professoren.

Alle Unterzeichnenden erklären: Mit meiner Unterschrift trete ich ein für verstärkte staatliche Investitionen in Arbeit, Bildung, Kultur und Gesundheit, für weltweite Solidarität und die Schaffung von Frieden mit zivilen Mitteln, für eine gleichberechtigte Verständigung aller Länder zur Verwirklichung von Völker- und Menschenrechten im Rahmen der UNO statt eines elitären G20-Gipfels! Ich fordere die Hamburgische Bürgerschaft und den Senat auf, diese Alternative aufzugreifen, zu diskutieren und den G20-Gipfel in Hamburg abzusagen!

So der Text der Petition. Und genau für diese Diskussion sind wir heute hier, um mit Ihnen also zu diskutieren, welche Fragen uns beschäftigen und wie wir als Zivilgesellschaft dafür wirken können.

Sie können sich vorstellen, dass der Unmut in der Bevölkerung über die Politik der G20 und ihre Machtdemonstration im Herzen der Stadt riesengroß ist. Wir werden heute die wichtigsten Gründe dafür vorstellen. Im Zentrum steht dabei, im Hinblick auf die Verständigung der Völker und die Möglichkeiten, Frieden zu schaffen, im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den reichen industrialisierten Ländern und des globalen Südens, im Hinblick auf eine präventive sichere Gesundheitsfürsorge für alle Menschen, im Hinblick auf das Weltwirtschaftssystem und im Hinblick auf den Modus und den Ort internationaler Diplomatie.

Weil das so ist, wäre ein Referendum über einen G20-Gipfel in Hamburg niemals positiv ausgefallen. Aber die Bürgerinnen und Bürger sprechen auch, wenn sie nicht gefragt werden. Wir artikulieren unsere Auffassung begründet und vielfältig und wir laden mit dieser Petition unsere Abgeordneten, unsere Vertreterinnen und Vertreter in der Bürgerschaft ein, sich diesem Meinungsbild anzuschließen.

Frau Sepehrnia: Die erste Frage, die wir behandeln wollen, ist die Frage, die wir am allermeisten diskutiert haben mit den Leuten, mit denen wir so gesprochen haben unterwegs: Ist es nicht doch besser, wenn die Staatschefs miteinander reden, als die Bevölkerungen aufeinander schießen zu lassen.

In den letzten Monaten wird häufig die hamburgische Landesverfassung bemüht, um den G20-Gipfel öffentlich zu rechtfertigen. In dem Manifest unserer Kampagne heißt es als Richtigeinstellung dazu – wir zitieren dann zuerst die Verfassung –: "Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein." So heißt es in der Präambel der Verfassung.

"In diesem Sinne wirken wir" – heißt es dann weiter in unserem Manifest –, "Hamburgerinnen und Hamburger aus aller Welt, zusammen für Abrüstung und friedliche, weltweite Beziehungen, für sinnvolle Arbeit und sozialen Fortschritt, für Bildung, Kultur und Gesundheit und für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Vielfältig engagieren wir uns: Für den Stopp von Privatisierungen, gegen teure Inszenierungen von Glanz und Gloria, für echte Demokratie, für die Erneuerung von Sozialstaatlichkeit. Das verbindet uns mit Menschen in der ganzen Welt." So endet das Zitat aus unserem Manifest.

Was bringen wir damit zum Ausdruck? Diese Stadt, man kann es hier auch sehen, bedarf keines elitären Gipfels, um ihre Internationalität zu leben. Internationalität, das heißt Weltoffenheit, Austausch, Migration, Verständigung und Solidarität. Und all das ist längst alltäglich in dieser Stadt. Internationalität ist das Wesen dieser Stadt und gerade aus dieser Haltung lehnen wir G20 ab.

Man beachte, in der Verfassungspräambel heißt es, dass Hamburg eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein will. Es heißt nicht, zwischen den Mächtigen und Regierungen der Welt. Das ist weder Zufall noch hohles Pathos, vielmehr handelt es sich um eine kondensierte politische Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945. Die hat nämlich gezeigt, internationale Diplomatie in Form von Appeasement vermochte nicht, den Weltkrieg zu verhindern, sie half nicht gegen Nationalismus und Militarismus, nicht gegen Rassismus, Gewalt und machtgestützte Gier. Die Völker sollten nach 1945 daher vor allem selbst sprechen, und zwar miteinander. Was könnte gegenwärtig notwendiger sein als dies wertzuschätzen und zu fördern.

Wir werden zeigen, dass die Staats- und Regierungschefs der G20 sich treffen, um sich gegen die Bevölkerung aller Länder der Welt zu verständigen. Zuerst stellen wir die völkerrechtliche Legitimität der G20 infrage. Dabei geht es, wie es in unserer Petition ja heißt, um die Alternative der Vereinten Nationen, in deren Rahmen unserer Auffassung nach eine Verständigung durchaus erfolgen sollte.

Als 1945 durch eine Initiative von F.D. Roosevelt und auf Basis der Vier-Mächte-Vereinbarungen die Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurden, ging es darum, eine Welt, in der innerhalb von sechs Jahren 57 Millionen Menschen getötet wurden, zu beenden. Es sollte eine internationale Gemeinschaft sein, in der Gewalt, Not und Angst gebannt sind, in der es keine Kriege mehr gibt. Das internationale Völker- und Menschenrecht beschreibt seither den Horizont dieser für unsere Zivilisation notwendigen Entwicklung. Es ist in der Bundesrepublik verbindliches Recht, es ist in allen Weltteilen hoch geschätzt und es ist die einzig legitime und legale Grundlage internationaler Diplomatie.

Die G20 bewegt sich jenseits dieses Völkerrechts. Sie existiert parallel zur und gegen die UNO sowie zu Weltbank, Welthandelsorganisation und internationalem Währungsfond, die ihrerseits nämlich alle auf völkerrechtliche Grundlagen verweisen können. Die G20 hat keine geregelten oder gar transparenten Institutionen, kein ständiges Sekretariat und kein Budget. Es handelt sich um das, was die politische Wissenschaft als Klubdiplomatie bezeichnet.

In einer Analyse des Hamburger Instituts für Global- und Regionalstudien, GIGA, heißt es: "Die G-Foren stehen folglich nicht für eine gemeinsame Aushandlung von Regelwerken, die von der Weltgesellschaft als solche als legitim anerkannt würden. Vielmehr handelt es sich um partiell hegemoniale Strukturen, welche die nationalen Interessen einzelner Akteure beziehungsweise Akteursgruppen abbilden."

Die G20 besteht aus den Ländern der G7, die nach den Finanzkrisen der Neunzigerjahre und der Weltwirtschaftskrise von 2007/2008 zwölf weitere Staaten und die Institutionen der Europäischen Union ins Boot geholt haben. Die Mitgliedschaft wurde quasi auf Zuruf gewährt und orientiert sich an der Erwartung der G7-Regierungen, dass die Neuen als Brückenköpfe ihrer Interessenpolitik fungieren. Es gibt kein nachvollziehbares Kriterium, nach dem neue Staaten aufgenommen werden könnten, nach welchem Länder ihre Mitgliedschaft einbüßten oder als Gäste eingeladen werden können.

Die Willkür ist Prinzip. Sie begründet innerhalb der G20 ein Machtgefälle zugunsten eines von der G7 dominierten Wirtschaftssystems und auf Kosten der Bevölkerung aller anderen Staaten und der Vereinten Nationen. Das ist weder legitim noch durch irgendetwas legalisiert.

Ein Beispiel für das Untergraben der UNO durch die Machtpolitik der G-Staaten ist Folgendes. Auf Initiative von Mexiko und Österreich debattiert die UNO seit letztem Jahr über eine weltweite Ächtung aller Atomwaffen. Es sind vor allem die Vertreter der G20, die, angeführt von den USA, diese notwendige Initiative und einen entsprechenden Beschluss der Generalversammlung sabotieren. Auch die Bundesregierung unterstützt diese Initiative nicht. Ein entsprechender Beschluss kommt jetzt vorerst nicht zustande.

Das möglicherweise aber bitterste Beispiel für die Gefährlichkeit der Hegemoniepolitik der G20 und darin der konfrontativen Interessenaushandlung der Großmächte ist wahrscheinlich Syrien. Als 2015 der zweite UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Lakhdar Brahimi, zurücktrat, erklärte er, ich zitiere aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", er habe zu große Erwartungen in die Vereinigten Staaten und Russland gesetzt. So sei es ihm lediglich gelungen, die beiden Mächte dazu zu bewegen, ihre jeweilige Partei an den Verhandlungstisch zu zwingen, mehr aber nicht. Er habe aber gehofft, dass Washington und Moskau ihre jeweilige Partei auch dazu brächten, ernsthaft miteinander zu verhandeln,

jedoch sei jeder nur mit seinem Klienten beschäftigt gewesen und habe nicht an das syrische Volk gedacht. Die Veto- und Großmächte des UN-Sicherheitsrats, die heute oft einer zivilen Konfliktüberwindung entgegenstehen, sind Teil der Group of Twenty.

Gleichwohl sind in der UNO 193 Nationen vertreten. In der Vollversammlung sind sie absolut gleichberechtigt. Die gemeinsame Handlungsgrundlage aller ist die Menschenrechtscharta. Daher ist die UNO diejenige globale Organisation von Staaten, in der nicht mehr oder weniger offen der erste Zweck die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen ist, sondern der Weltfrieden, wie es wörtlich im Artikel 1 der UN-Charta heißt.

In der Beschreibung der Bundesregierung der Schwerpunkte des G20-Gipfels 2017 wird dagegen die entgegengesetzte Priorität des elitären Klubs verdeutlicht. Ich zitiere daraus: "Auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrisen haben wir uns gemeinsam dafür ausgesprochen, dass Wettbewerb die Weltwirtschaft bestimmt und der Welthandel offen bleibt."

Ein Friedens- und Entwicklungsgipfel der UNO ist deshalb bei aller Widersprüchlichkeit auch in Hamburg zum Beispiel eine vernünftige Alternative zum Klub der G20 auf zwischenstaatlicher Ebene. Friedensdemonstrationen wird es dann sicher auch geben, sicher auch Initiativen zu einer Demokratisierung der Organisationen der Vereinten Nationen, aber keinen massenhaften, wohlbegründeten, scharfen Protest.

Ich komme zu einer Konkretisierung unseres Petitionspunktes für weltweite Solidarität und die Schaffung von Frieden mit zivilen Mitteln. Der Politik der G20 setzen Bürgerinnen und Bürger dauerhaft etwas entgegen, zum Beispiel, indem sie sich in der Friedensbewegung engagieren. So fordert die Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte, dass sich die Stadt künftig am Leitbild eines zivilen Hafens orientieren möge. Denn durch den Hamburger Hafen werden jährlich etwa für 400 Millionen Euro Waffen und 1 000 Container Munition verschifft. Aus dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung über das letzte Jahr geht hervor, dass sie die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von rund 6,85 Milliarden Euro genehmigte. Es ist der zweithöchste Genehmigungswert in der Geschichte und auf Platz 3 der Empfängerländer liegt Saudi-Arabien. Die gebilligten Kriegswaffenausfuhren hatten 2016 einen Wert von 2,5 Milliarden Euro, die meisten Kriegswaffen wurden dabei nach Algerien und zum neuen saudischen Erzfeind Katar geliefert.

Bei ihrem Besuch in Saudi-Arabien vor einigen Wochen unterhielt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz Al Saud. Von Amnesty International werden immerfort Menschenrechtsverletzungen in dessen Staat, in Saudi-Arabien, angeklagt. Beispielsweise die Todesstrafe, das Köpfen mit dem Säbel, und die Prügelstrafe, Stockhiebe, bei Oppositionellen angewandt. Der aggressive Feudalstaat setzt deutsche Waffen im Moment dauerhaft auch gegen den Jemen ein. Dabei werden immer wieder Krankenhäuser, Hochzeitsgesellschaften oder Trauerfeiern betroffen, mit Booten, auch aus Deutschland, es wäre zu prüfen, ob nicht gar in Hamburg produziert, wird eine Blockade durchgesetzt, die zu bald Hunderttausenden Hungertoten führen kann. Längst wütet in diesem seit Jahrtausenden kultivierten Land eine Choleraepidemie.

Obleich die Kanzlerin dies unschön findet, soll die Bundeswehr künftig saudische Militärs hierzulande ausbilden, auch das polizeiliche Zusammenwirken ist vereinbart worden, im Grenzschutz, bei der Bahnpolizei und bei der Luftsicherheit. Aber der Druck der Friedens- und Menschenrechtsbewegung bewirkt bereits, dass Saudi-Arabien die Bundesregierung künftig nicht mehr um Waffenlieferungen bitten will. Viel wichtiger sind nun die zivilen Wirtschaftsbeziehungen zur BRD zwecks Modernisierung der saudischen Ökonomie, weil der Ölpreis zurzeit recht niedrig ist und die Ölquellen endlich. Die Waffen lassen sich schließlich über andere Orte beziehungsweise über Umwege beschaffen.

Die "Neue Züricher Zeitung" schreibt: "Panzer, Artillerie, Helikopter, Schiffe, ein Raketenabwehrsystem, 110 Milliarden Dollar will Saudi-Arabien in den nächsten Jahren für amerikanische Rüstungsgüter ausgeben." Präsident Donald Trump sprach anlässlich seines Staatsbesuchs am Wochenende von "gewaltigen Investitionen in die USA und unser Militär". Das amerikanische Außenministerium erklärte, die Waffenverkäufe dienten dazu, die Sicherheit Saudi-Arabien angesichts des böartigen Einflusses Irans zu gewährleisten. Der saudische Außenminister Adel al-Dschubeir sprach von einem Wendepunkt in den Beziehungen zwischen USA und Saudi-Arabien.

Es mag sein, dass das ein bisschen reformistischer Sarkasmus ist, aber ich meine, es mutet da ja geradezu praktisch an, dass die Wirtschafts- und Regierungsdelegationen aus den USA, der Bundesrepublik und Saudi-Arabien sich nun in Hamburg treffen können, um den reibungslosen Kurswechsel der Geschäftspolitik, des Nachschubs für den Krieg gegen Jemen und die Kriegsdrohungen gegen den Iran zu koordinieren. Die zarte Alsterkulisse zwischen dem Gästehaus des Senats, dem Atlantik-Hotel und dem vom saudischen Monarchen komplett gebuchten Hotel Vier Jahreszeiten wird die barbarische Obszönität dieser Zusammenhänge nicht mildern, sondern sie wird sie nur stärker hervorheben.

Die Friedensbewegung und die Studierendenbewegung engagieren sich gemeinsam für einen Stopp von Rüstungsproduktion, Exporten und Forschung in Hamburg für die Welt. Die Forderung nach einer gesetzlichen Zivilklausel für den Hafen ebenso wie für die hamburgischen Hochschulen zeigt auf, was im Gegensatz zum Gipfel der G20 wirklich Frieden schafft.

(Beifall)

Herr Brückmann: Ich möchte bei meinem Beitrag auf den ersten Punkt unserer Petition eingehen, wo wir geschrieben haben, dass man mit der Unterschrift eintritt für verstärkte staatliche Investitionen in Arbeit, Bildung, Kultur und Gesundheit. Ich will jetzt zeigen, wieso das notwendigerweise dann mit der Absage an das Politikprinzip und den Gipfel der G20 verbunden ist.

In dem Manifest „Gemeinsam statt G20“, das Sie auch ausgeteilt bekommen haben, die gelbe Broschüre, haben wir geschrieben, ich zitiere: "Wir treten dafür ein, Verkehrswege und öffentliche Gebäude zu sanieren und auszubauen! Wir treten für ausreichend günstigen und guten Wohnraum in öffentlicher Verantwortung ein! Wir treten dafür ein, die Tarife und Personalmittel im öffentlichen Dienst erheblich zu steigern! Wir treten dafür ein, dass Bildung, Wissenschaft und Kultur großzügig öffentlich finanziert werden! Wir treten dafür ein, Gesundheit und Pflege künftig wieder in öffentliche Hand zu legen!"

Mit diesen Ambitionen stehen wir in der Kontinuität vieler Manifestationen der Hamburger Bevölkerung gegen die Kommerzialisierung des Öffentlichen, sei es der Rückkauf der Energienetze, die Abschaffung der Studiengebühren, das klare Nein zum Verkauf der Landeskrankenhäuser und zuletzt das Ja zu NOlympia.

Die G20 steht für Kürzungen und Privatisierungen des Sozialstaats sowie Deregulierung. Das wird durch einen Blick in die Geschichte ziemlich deutlich. Nach expansiver Fiskalpolitik in einigen Staaten als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 ff. und massive Sozialproteste weltweit wurde beim sogenannten Austerity-Gipfel, wie Naomi Klein ihn bezeichnet hatte, 2010 in Toronto vereinbart, systematisch die Kosten der Bankenkrise auf Bevölkerungen und Staatshaushalte abzuwälzen. Das Ergebnis dieser Vereinbarungen, dieses Politikschwenks, drückt sich dann auch aus in Daten, die ein Arbeitspapier der ILO zusammengetragen hat, das im Jahr 2009 nur 45 Staaten ihre Ausgaben kürzten, während es im Jahr 2010 dann in 111 Ländern und im Jahr 2011 in 115 Ländern zu Kürzungen kam. Es ist also gegenüber dem klar artikulierten Willen von uns Hamburgerinnen und Hamburgern eine Provokation, diesen Austeritätsgipfel in unsere Stadt zu holen.

Ich will das einmal am Bereich Gesundheit exemplarisch verdeutlichen. In der Grundsatzklärung der Weltgesundheitsorganisation heißt es: "Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes bildet eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung. Dies ist nur zu verwirklichen durch eine gut ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge, die allen Gesellschaftsmitgliedern gleichen Zugang per Rechtsanspruch zusichert. Durch die neoliberale Kürzungspolitik wird diese Realisierung des Menschenrechts auf Gesundheit massiv angegriffen. Das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus schreibt, ich zitiere: "In der Zeit von 1995 bis 2015 wurden über 30 300 Pflegekräfte", in Klammern, Vollzeitstellen, "in den Krankenhäusern Deutschlands abgebaut. Das macht ein Minus von circa 8,7 Prozent. In der gleichen Zeit ist die Belastung der Pflegekräfte um fast ein Drittel gestiegen, gemessen an der Zahl der zu versorgenden Patientinnen und Patienten. Ver.di stellte 2013 fest, dass bundesweit 162 000 Vollzeitstellen fehlen. Das sind 4 200 für Hamburg." Soweit das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus.

Nach Schätzungen des bundesweiten Aktionsbündnisses Patientensicherheit sterben in 0,1 Prozent der Krankenhausfälle Patientinnen und Patienten durch vermeidbare Fehler. Bei 19,2 Millionen Behandlungen im Krankenhaus im Jahr 2015 sind das 19 200 Menschen. Das Bündnis schreibt dazu: "Die Ursachen sind eng verbunden mit den Privatisierungen, von denen insbesondere Hamburgerinnen und Hamburger ein Lied singen können." Austerität tötet also, wie wir auch jüngst wieder bei der fahrlässigen Tötung von über 80 Menschen in dem Hochhausbrand in London sehen mussten.

Die Ursachen für die permanente Zerstörung der Menschenwürde sind nicht nur in Hamburg, sondern weltweit das Profit- und Marktprinzip und die Kürzungen im Gesundheitsbereich. Die Politik der G20 steht für Gesundheit als Ware, mit der sich in Form von zu bezahlenden Dienstleistungen prächtige Gewinne erzielen lassen. Bei diesem Gipfel hat die deutsche Bundesregierung Gesundheit zu einem Schwerpunktthema erklärt. Im offiziellen Bericht des Bundesgesundheitsministeriums über ein Treffen sogenannter Gesundheitsexpertinnen und Gesundheitsexperten aus den G20-Staaten heißt es: "Die G20-Gesundheitsexperten waren sich einig: Gesundheit ist Voraussetzung und Motor für eine wirtschaftliche Entwicklung. Und damit zentral für die G20." Zitat Ende. Gesundheit ist für die G20 also nur unter dem Aspekt der ökonomischen Nützlichkeit interessant.

Die Konsequenzen dieser Gesundheitspolitik sind auch global verheerend. So werden laut medico international jedes Jahr 100 Millionen Menschen weltweit unter die Armutsgrenze getrieben, weil sie für ihre Krankheitskosten nicht aufkommen können. In Griechenland führten die Schreckensprogramme der Troika, die im Gesundheitsbereich vom deutschen Gesundheitsministerium als sogenanntem Domain Leader diktiert werden, zu einer Kürzung des Gesundheitsbudgets um 40 Prozent, der Entlassung von 50 Prozent der Ärztinnen und Ärzten und ein Drittel der Bevölkerung hat mittlerweile keine Krankenversicherung mehr. Die Säuglingssterblichkeit, Suizide und Depressionen explodierten. Damit werden die in der UN-Menschenrechts-Charta, dem Grundgesetz oder dem UN-Sozialpakt gefassten Menschheitspfeiler mit Füßen getreten und auf dem Altar des Marktes geopfert. Als Zivilbevölkerung arbeiten wir längst an den wirklichen Lösungen für die globalen Probleme, auch im Gesundheitsbereich. Angefangen bei der Streikbewegung für eine Mindestpersonalbemessung im Krankenhaus und dem Engagement für die Rekommunalisierung der Krankenhäuser über die solidarischen, selbstorganisierten Kliniken in Griechenland, die Gesundheit als soziale Frage ins Zentrum stellen, bis hin zu globalen Initiativen für die Abschaffung des Patentrechts auf Medikamente. Das Grundrecht auf Gesundheit kann nur durch eine öffentliche Infrastruktur realisiert werden. Daher fordern wir die Hamburgische Bürgerschaft und den Senat auf, die Krankenhäuser wieder in öffentliche

Hand zurückzuholen, damit sie nicht länger vom privaten Profitkalkül bestimmt werden, sondern als Zweck ihrer Organisation die Gesundheit von Menschen haben.

Und bevor jetzt irgendwer anfängt zu erzählen, die Stadt habe dafür kein Geld, Schuldenbremse und so, da möchte ich zum Abschluss noch einmal den Fokus auf die Kosten der Durchführung dieses Wahnsinnsgipfels richten. Während der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, der mir politisch jetzt durchaus sehr weit entfernt steht, von Kosten in der Höhe von 300 Millionen Euro nur für die sogenannte Sicherheit ausgeht – und unter anderem fordert, man solle es lieber auf einem Flugzeugträger machen und ein U-Boot-Begleitprogramm einrichten –, sprach das „Hamburger Abendblatt“ vor einigen Monaten von 750 Millionen Euro und der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Hansmann von der Uni Hamburg geht von Kosten in einer Höhe einer zweiten Elbphilharmonie aus. Wie das mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit oder dem Haushaltsrecht des Parlaments zusammengeht für einen nicht legitimierten Gipfel, der ohne Parlamentsbeschluss hier in Hamburgs Innenstadt stattfinden soll, kann selbstverständlich niemand erklären.

Wir schlagen also vor, den Gipfel kommenden Mittwoch per Bürgerschaftsbeschluss abzusagen beziehungsweise die Absage auf den Weg zu bringen und mit dem gesparten Geld dann die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand zu holen.

(Beifall)

Und als Nächstes gehen wir dann an die Schuldenbremse ran und erhöhen die Mittel im öffentlichen Bereich massiv und dauerhaft, denn Geld ist genug da in einer Stadt, in der 48 000 Millionärinnen und Millionäre und elf Milliardäre leben.

(Beifall)

Frau Sepehrnia: Die Grundrechte verwirklichen wider den Ausnahmezustand. Durch die öffentliche Debatte um diesen Gipfel, wie sie im Moment ist, sehen wir uns gehalten, dazu noch ein paar Worte zu sagen.

Wir denken, wir haben jetzt exemplarisch gezeigt, dass die G20 nicht dazu beiträgt, die vorgeblichen Ziele des Gipfels zu verwirklichen, dass sie sogar der Verwirklichung von Grund- und Menschenrechten und der Einhaltung des Völkerrechts entgegenhandelt. Eine so bevölkerungsfeindliche Veranstaltung ist nicht mit demokratischen Mitteln durchzusetzen. Die politische Entscheidung, diesen Gipfel im Herzen unserer Stadt durchzuführen, ist deshalb gleichbedeutend mit der Entscheidung, einen Ausnahmezustand herbeizuführen. Das ist keine Lappalie. Ein Ausnahmezustand ist die teilweise oder vollständige zeitweilige Außerkraftsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung. Selbst unter den konservativsten Juristen gilt er nur dann als legitim, wenn er wenigstens dem Anschein nach der Wiederherstellung der Verfassung dient. In der Bundesrepublik gibt es ihn gar nicht, weil die Schöpfer und Schöpferinnen unseres Grundgesetzes aus der Politik vor 1933 gelernt hatten, dass mit Notverordnungen der Faschismus herbeigeregelt werden kann. Obgleich diese Klarheit durch die Notstandsgesetze eingeschränkt wurde, gilt weiterhin, ein Notstand darf nur als Reaktion auf etwas wie einen Katastrophenfall, einen Angriff von außen oder ähnliche erschütternde Gefährdungen der Gesellschaft ausgerufen werden. In unserem Fall aber wird der Ausnahmezustand von den Regierenden und der Polizeiführung vorsätzlich und zielgerichtet herbeigeführt. Der Angriff auf die Grundrechte und den Lebensnerv dieser Stadt geht von der Organisation dieses Gipfels aus, nicht von irgendwem anders. Diese Art von Notstand ist außergesetzlich und in der Bundesrepublik ist er nicht möglich. Die Durchführung des Gipfels in Hamburg ist nirgendwo demokratisch entschieden worden, sondern sie beruht dem Vernehmen nach auf Einzelentscheidungen der Kanzlerin und des Bürgermeisters. Selbst wenn dies im Rahmen Ihrer Regierungsausübung rechtmäßig erscheinen mag, sind sie an die Verfassung, an das Wohl von Stadt und Land und die

Beachtung der Verhältnismäßigkeit gebunden. Aber für eine schädliche internationale Politik das öffentliche Leben lahmzulegen, die Bevölkerung zu gefährden und öffentliche Einnahmen zu verschwenden, ist keine legitime Verhältnismäßigkeit.

Hamburg ist wohlhabend, ziemlich aufgeklärt und weltoffen. Die Bürgerinnen und Bürger sind mehrheitlich hochqualifiziert, engagiert und sozial sehr aufmerksam. Es ist ein wenig anmaßend, diese Qualität der Stadt für ein Welttreffen von Misanthropen und Korrupten auszunutzen und sich dann auf die Fahnen zu schreiben, man habe doch irgendwie alles im Griff.

Ein Festival der Demokratie, wie es der Innensenator angekündigt hat, wird es nur ohne die G20 und ohne die Gewalt und Menschenverachtung ihrer Politik geben. In dem Manifest unserer Kampagne heißt es, Argumente, Diskussionen, gut ausgebaute inklusive Schulen, weltoffenen Hochschulen, gedeihende soziale und Kultureinrichtungen und eine engagierte, aufgeklärte Öffentlichkeit sind das Herzstück der Demokratie, nicht ein Überwachungsstaat.

Nach unserer Auffassung ist es die Verantwortung aller Politiker und Politikerinnen dieser Stadt, das Wohl der Stadt zu schützen und zu mehren, anstatt es aufs Spiel zu setzen. Wir schlagen deshalb vor, dass die Bürgerschaft feststellt, der Gipfel der G20 in Hamburg ist undemokratisch, unverhältnismäßig kostspielig und eine unzumutbare Belastung für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger. Er wird deshalb abgesagt.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss. Im Herbst 1946 schrieb der Hamburger Schriftsteller Wolfgang Borchert in seiner Erzählung "Im Mai, im Mai schrie der Kuckuck" einige programmatische Zeilen, die ausdrücken, worum es auch uns geht: "Und die neue Stadt, das ist die Stadt, in der die weisen Männer, die Lehrer und die Minister nicht lügen, in der die Dichter sich von nichts anderem verführen lassen als von der Vernunft ihres Herzens, das ist die Stadt, in der die Mütter nicht sterben und die Mädchen keine Syphilis haben, die Stadt, in der es keine Werkstätten für Prothesen und keine Rollstühle gibt, das ist die Stadt, in der der Regen Regen genannt wird und die Sonne Sonne, die Stadt, in der es keine Keller gibt, in denen blässgesichtige Kinder nachts von Ratten angefressen werden, und in der es keine Dachböden gibt, in denen sich Väter erhängen, weil die Frauen kein Brot auf den Tisch stellen können, das ist die Stadt, in der die Jünglinge nicht blind und nicht einarmig sind und in der es keine Generäle gibt, das ist die neue Stadt, die großartige Stadt, in der sich alle hören und sehen und in der alle verstehen: mon cœur, the night, your heart, the day, der Tag, die Nacht, das Herz." Seit 1946 bis heute ist diese aus dem Nein zum Krieg geborene Utopie für Hamburg noch nicht ganz umfassend erfüllt, obgleich der Unterschied zu den Trümmer- und Hungerlandschaften von damals enorm ist.

Dass das Bedürfnis nach gerechtem Frieden aber wirklich eingelöst wird, hier und in Bamako, in Sanaa und Mossul, in New Orleans und Donezk, das erfordert unser aller Opposition zu G20, parlamentarisch und außerparlamentarisch, menschlich. So und nur so erfüllen wir den Auftrag der Hamburgischen Verfassung, unsere Stadt möge im Geiste des Friedens Mittlerin zwischen allen Weltteilen und Völkern sein. Nehmen Sie mit uns diese Alternative wahr.

(Beifall)

Vorsitzende: Ja, vielen Dank für die Erläuterung der Volkspetition, für die Sie ja insgesamt 10 074 gültige Unterschriften gesammelt haben, sodass wir sozusagen Sie jetzt hier angehört haben. Ich gehe davon aus, dass es gleich Fragen oder Bemerkungen seitens der Fraktionen gibt, will aber vorher selbst noch die Bemerkung machen, dass, was vielen von Ihnen sicherlich eigentlich auch bekannt ist, unsere Hausordnung Beifalls- oder

Missfallenskundgebungen ausdrücklich nicht vorsieht und ich schlage vor, dass wir uns da ab jetzt auch dann gemeinsam dran halten.

Jetzt haben wir die ersten Wortmeldungen seitens der Fraktionen. Es beginnt Herr Steinbiß und ihm folgt Frau Schneider.

Abg. Olaf Steinbiß: Vielen Dank für Ihre engagierte Vorstellung, wobei ich sagen muss, an einigen Stellen, also in der Bürgerschaftssitzung hätte sicherlich die Präsidentin aufgerufen, auch zum Thema zu reden. Ich finde, zum Teil sind Sie doch ein bisschen sehr ausführlich geworden und etwas vom eigentlichen Thema abgewichen. Rückkauf der Krankenhäuser hörte ich zum Beispiel als Beispiel, da kann man sicherlich das weiterhin so sehen, dass es ein großer Fehler damals war, die Krankenhäuser zu verkaufen, das sieht sicherlich zumindest die Hälfte auf dieser Seite des Tisches so, aber, ich finde, da wurden doch Themen vermischt. Wir sind hier im Verfassungsausschuss, es handelt sich um eine Volkspetition. Sie haben ja 74 Stimmen dann mehr als erforderlich gesammelt. Ich habe es auch zum Teil irgendwie selbst mitbekommen auf der Osterstraße, wie dann die Stimmen gesammelt wurden.

Inhaltlich ist es natürlich eine Sache, die nicht nur den Verfassungsausschuss hier befasst, sondern, deshalb haben wir auch Sören Schumacher, der kein Namensschild dabei hat, unseren europapolitischen Sprecher mit an Bord genommen. Ja, wir haben uns heute für diesen Termin nicht nur die Zeit genommen, den Termin zu finden, sondern haben eben auch noch versucht, uns hier breit aufzustellen, um dann auch fachpolitisch gern mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Was wir schon einmal grundsätzlich, glaube ich, anders sehen, ist, also Sie hatten vorhin aus der Präambel der Hamburger Verfassung zitiert, weil, im Geiste des Friedens wollen wir eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Und ich glaube, da sieht man schon, wie eigentlich unsere Meinungen auseinandergehen, was wir daraus zum Beispiel in unserem Antrag vom 30. Mai 2017 hergeleitet haben und was Sie daraus herleiten. Genau solche Ausdrücke wie "elitärer Gipfel", ich habe sogar "autoritärer G20-Gipfel" gehört. Wenn man bedenkt, dass da auch viele internationale Organisationen dran teilnehmen, ja, die Definition, was ist elitär und was nicht, ich glaube, wir sehen das grundsätzlich unterschiedlich. Ich sehe das auch so, dass es eine unheimliche Zumutung für die Bürger ist, die wir ihnen da zumuten, den Gipfel hier mitten in der Stadt stattfinden zu haben. Aber das muss eben auch eine Demokratie ertragen, die Versammlungsfreiheit gilt für alle und ... Also ich habe bis hier noch nichts gehört, was mich wirklich überzeugt hat, Ihrem Anliegen jetzt hier nachzukommen. – Danke.

Vorsitzende: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Frau Sepehrnia, meine Herren! Auch von mir ein Guten Morgen. Unter Studenten um zwölf Uhr erinnert das so ein bisschen an die Studienzeit. Und ich finde auch, von Ihrem inhaltlichen Vortrag muss ich sagen, das erinnert mich auch an die Zeiten des AStAs an der Universität. Inhaltlich scheint sich da nicht allzu viel geändert zu haben. Ich finde es gut, dass man Dinge hinterfragt und das möchte ich bei Ihnen auch als Erstes einmal tun und Sie einmal bitten, uns darzulegen, wie sich Ihre Kampagne gestaltet hat, insbesondere auch, welche finanziellen Mittel der Studentenschaft Sie eingesetzt haben, ob Sie Spenden erhalten haben, ob Unterschriftensammler eine Aufwandsentschädigung bekommen haben, wie Sie das Ganze strukturiert haben, das würde mich als Erstes einmal interessieren,

(Zuruf aus dem Publikum: Warum?)

damit wir ein bisschen etwas zu dem Hintergrund auch Ihrer Aktion wissen.

Vorsitzende: Okay, das ist eine konkrete Frage, dann würde ich sagen, dass wir die auch direkt an Sie weitergeben und Sie bitten, sie zu beantworten. Und dann gibt es ...

(Zuruf Frau Sepehrnia)

Bitte?

Frau Sepehrnia: Ich würde vorschlagen, dass wir vielleicht immer vier Beiträge sammeln?

Vorsitzende: Nein, Sie bekommen jetzt die Gelegenheit, auf diese Frage einzugehen.

Herr Brückmann: Wir haben im Rahmen des Haushaltes der Studierendenschaft, der im Studierendenparlament beschlossen ist, das jetzt zu einem Schwerpunkt unserer AStA-Tätigkeit gemacht. Zu der jetzt genauen finanziellen Ausstattung können wir zum aktuellen Zeitpunkt noch nichts sagen. Wir haben gesagt, wir können das eben sagen, dass je schneller der Gipfel abgesagt wird, desto geringer quasi auch die Kosten sich für uns gestalten werden.

(Beifall)

Es ist in dem Sinne auch nicht zu trennen, dass wir jetzt sagen können, genau die und die Leute ausschließlich dafür angestellt oder so, sondern das war eben eine Gesamt-AStA-Herausforderung, -AStA-Tätigkeit, wo Leute in verschiedenen Referaten daran mitgewirkt haben. Und die genauen Ausgaben kann jede Person auf der Seite des AStAs finden. Dort ist ein Soll-Ist-Vergleich von jedem Monat aufgeführt, wo genau aufgeschlüsselt ist, für was man entsprechend Geld ausgegeben hat. Genau, und das würde ich da insofern quasi zu Protokoll geben oder auf diesen Hinweis verweisen. Ansonsten kann ich sagen, waren eben sehr viele Menschen beteiligt, die quasi offiziell Teil des AStAs waren, aber eben sehr wesentlich auch darüber hinaus. Genau, und das war eine sehr lebendige Angelegenheit.

Vorsitzende: Okay, vielen Dank. Eine Nachfrage, Herr Trepoll, direkt dazu?

Abg. André Trepoll: Also das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Ich finde, Transparenz ist immer wichtig und Sie können mir doch nicht ernsthaft erläutern, dass Sie gar nicht wissen, was Sie bisher ausgegeben haben. Also das kann sich doch selbst der AStA nicht erlauben. Sie müssen doch ein Budget haben, eine Planung haben, eine konkrete Frage habe ich gestellt, haben zum Beispiel hauptamtlich bei Ihnen angestellte Kräfte an dieser Kampagne teilgenommen, haben sie Unterschriften gesammelt, haben Sie Aufwandsentschädigungen gezahlt, wenn Sie Veranstaltungen gemacht haben, Podiumsveranstaltungen, wurden da zum Beispiel Honorare bezahlt, all diese Dinge sind doch wichtig, auch für die Menschen, die unterschrieben haben bei Ihnen.

(Zurufe)

Vorsitzende: Frau Sepehrnia oder Herr Brückmann?

Frau Sepehrnia: Ich kann dazu noch einmal kurz den Hinweis geben, wer das genau wissen möchte, kann sich einfach auf der Homepage des AStAs der Uni Hamburg informieren darüber, welche laufenden Ausgaben die verfasste Studierendenschaft hat. Das ist da sehr differenziert aufgegliedert. Ich finde aber, also von wegen, zur Sache zu sprechen, das Entscheidende ja die Petition selbst ist und wir sind nicht hier als AStA, sondern wir sind Vertreter der Volkspetition "Gemeinsam statt G20". Diese Petition hat einen bestimmten Inhalt, den haben wir vorgetragen und begründet und darüber möchten wir mit Ihnen diskutieren.

(Beifall)

Und zum weiteren Verfahren möchte ich vorschlagen, weil Herr Steinbiß sich ja auch geäußert hat und andere sich gemeldet haben, dass wir vielleicht eine Sammlung machen, damit wir darauf dann zusammen eingehen können?

Vorsitzende: Die Sitzungsleitung liegt aber hier und wir sind da in einem

(Zuruf Frau Sepehrnia: Das war ja auch nur ein Vorschlag.)

– genau, gut geprobten Verfahren. Und ich weiß nicht, ob eben einige nicht zugehört hatten, ich hatte eben schon vorgetragen, dass unsere Hausordnung vorsieht, dass wir hier keine Beifalls- oder Missfallenskundgaben bitte haben während der Sitzung. Und ich würde jetzt dann auch bitten, dass dem auch gefolgt wird, weil, das wäre ja schade, wenn Sie sonst der Sitzung nicht weiter folgen könnten.

So, im Übrigen ist es natürlich so, Sie wollten ja gern auch ein Gespräch und dann dürfen die Abgeordneten schon auch Fragen stellen. Und es dient sicherlich auch dem Verständnis noch einmal für das Begehren der Volkspetition, auch wenn die Fragen Ihnen abseits hier erscheinen mögen, dass Sie auch versuchen, sich dann damit auseinanderzusetzen.

Ist das noch eine Nachfrage, Herr Trepoll? Das wird aber die Letzte, weil, ich habe hier noch eine lange Rednerliste.

Abg. André Trepoll: Ja, das tut mir leid, Frau Präsidentin, aber man muss das ja einmal so klar aussprechen, also dass Sie nicht ansatzweise bereit sind, uns hier Rede und Antwort zu stehen zu den finanziellen Hintergründen dieser Kampagne, die Sie gemacht haben, unabhängig von den Inhalten, zu denen wir ja gleich noch kommen, finde ich, das hat für mich also wirklich auch sozusagen ein starkes Demokratiedefizit und Transparenzdefizit. Das können Sie doch nicht so auf sich sitzen lassen. Ich finde das schon sehr merkwürdig, dass Sie uns da so hinhalten und nicht uns auch ein bisschen die Hintergründe, insbesondere die finanziellen Dinge, darzustellen. Also wenn Sie da nichts zu verbergen haben, dann nur los. Ich will nur einmal als Beispiel nennen, was hätten wir denn auch von Ihnen bei einer anderen Volksinitiative, die angemeldet worden wäre, da haben wir die ähnlichen Fragen gestellt, dass wir uns auch immer genau das angeschaut haben, sozusagen was ist der Hintergrund, auch der finanzielle, welche Interessen stecken dahinter. Also das würde ich alles von Ihnen gern wissen.

Vorsitzende: Mögen Sie noch einmal oder?

Frau Sepehrnia: Wir antworten darauf.

Vorsitzende: Möchten Sie noch einmal antworten oder haben Sie noch etwas hinzuzufügen?

Frau Sepehrnia: Herr Trepoll, Sie können ja versuchen, einmal die genauen Ausgaben für den G20-Gipfel zu beziffern, den Sie ja mitverantworten insofern, als dass Sie Politiker in dieser Hamburgischen Bürgerschaft sind.

Vorsitzende: Gut. Wir machen einmal weiter in der Redeliste, vielleicht wird das ja noch ein bisschen geschmeidiger hier. Herr Dr. Dressel hat jetzt das Wort, ihm folgt Herr Nockemann, dann habe ich Herrn Dolzer, Herrn Dr. Duwe, Herrn Müller und Frau Schneider. Wir starten. Immer, wenn es eine konkrete Frage gibt, würde ich auch direkt an Sie übergeben. Herr Dr. Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, ich will auch noch einmal mit einer Bemerkung beginnen, weil ich das in der Tat nicht verstehen kann, warum Sie darauf nicht antworten können, wenn es eine präzise Frage dazu gibt. Dann sagen Sie, ja, was kostet denn der Gipfel.

(Zuruf: Ja, was kostet denn der Gipfel?)

– Ja, Moment. Eine Anhörung ist so, dass in diesem Fall, das ist auch in der Demokratie so, wenn die Abgeordneten die Frage stellen an die Anhörpersonen,

(Zuruf: Sie können das doch gar nicht sagen!)

Sie stellen hier schon einmal gar nicht die Fragen.

Vorsitzende: Herr Dr. Dressel, ...

(Zurufe)

Wenn wir bitte uns darauf verständigen können, dass wir hier in einer Ausschusssitzung sind, wo wir in vielen Jahrzehnten erprobt haben, dass es sinnvoll ist, ein Verfahren zu haben, wo die Abgeordneten das Rederecht haben und wo die Anhörpersonen ein Rederecht haben und wo wir ansonsten dann einen Zuhörerraum haben. Danke. Herr Dr. Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, also ich glaube, dass demokratische Spielregeln wirklich von allen einzuhalten sind, und zwar auch von Ihnen. Und ich glaube, das ist ein guter Grund, dass in den Anhörungen der Bürgerschaft oder auch in anderen Parlamenten sozusagen nicht die Diskussion so geöffnet wird, dass alle Zuschauer auch noch hineinrufen können und so weiter. Das hat übrigens auch, weil Frau Sepehrnia an demokratische Traditionen und demokratische Geschichte hier erinnert hat, einen guten demokratischen Hintergrund, dass es gewisse Regeln gibt in deutschen Parlamenten. Und daran, sage ich einmal so, sollten wir uns gemeinsam auch halten. Trotzdem finde ich es bedauerlich, dass zu diesen konkreten Fragen von Ihnen nichts gesagt werden konnte, weil das schon - Wir haben uns hier mit Volkspetitionen, Volksinitiativen beschäftigt - sehr wohl Transparenzregeln auch gegeben hat, dass bestimmte Sachen auch geklärt und nachgefragt werden können, damit man weiß, wieso, weshalb, warum eine bestimmte Initiative existiert. Deswegen war das eine sehr berechtigte Frage, die der Kollege Trepoll gestellt hat.

Ich möchte noch einmal inhaltlich nachfragen. Warum kommen Sie eigentlich so spät mit dieser Petition um die Ecke? Weil, dass es einen G20-Gipfel gibt, ist schon ein bisschen länger bekannt. Man hätte auch einmal eine Volksinitiative schon früher dazu machen können, denn eine Volkspetition ist ja kein verbindliches Instrument, sondern eine Bitte sozusagen an das Parlament, etwas zu tun oder zu lassen. Dass wir dies jetzt vorliegen haben, quasi zehn Tage vor Gipfelbeginn, ist nicht so richtig überzeugend, weil auch Ihnen klar sein dürfte ... Sie müssen sich ja irgendwie eine Sekunde noch einmal mit der praktischen Durchsetzbarkeit Ihrer Forderungen beschäftigt haben, denn die Situation, heute zu sagen, also unabhängig davon, ob wir es überhaupt theoretisch könnten, aber zumindest Sie, wenn Sie die Forderung erheben, müssen ja sagen, wie soll das jetzt rein praktisch funktionieren, wenn natürlich schon auch große Verpflichtungen eingegangen worden sind, vom Bund, vom Land, von allen möglichen Beteiligten. Und auch diese Idee, wenn Sie so viel mit Kosten argumentieren, die Sie den Steuerzahler dabei sparen lassen, die Sie für andere Investitionen ... Sie wollen die Krankenhäuser damit zurückkaufen, kann ich nur sagen, da wird vermutlich diese Summe auch nicht für ausreichen, wenn Sie diese Forderung ernsthaft erheben. Abgesehen davon, was sie mit G20 zu tun haben soll, steht auch ein bisschen in den Sternen. Noch einmal, welche Gedanken haben Sie sich zu ihrer praktischen Durchführbarkeit gemacht, ad 1, und zweitens, warum kommen Sie damit erst jetzt um die Ecke? Haben Sie vorher andere Erfolgsaussichten sich ausgerechnet? Weil,

jetzt 10 074 Unterschriften in der Zeit, ist jetzt auch nicht so, dass man jetzt sagen kann, das ist quasi die gesamte Volksmeinung, sondern Sie repräsentieren hier einen sehr kleinen Teil der Wahlberechtigten. Das ist die Frage, die, finde ich, noch einmal an Sie zu stellen ist.

Dann würde ich gern inhaltlich noch einmal, weil Sie ja viele Themen, über die man politisch diskutieren kann ... sind wir natürlich bei vielen Sachen vermutlich nicht einer Auffassung, aber zumindest der Einsatz für eine sozialere, gerechtere Weltordnung ist jedenfalls etwas, was in unterschiedlichen Schattierungen hier auch alle umtreibt. Und übrigens auch, wenn man sich dann die Schwerpunkte des G20-Gipfels anguckt, werden Sie, so viel, wie Sie gelesen haben zur Vorbereitung, sicherlich auch angeguckt haben, dass Sie irgendeiner Ihrer Zielsetzungen auch nur einen Millimeter näher kommen, wenn der Gipfel nicht stattfindet. Diese Frage

(Zuruf)

– Ja, da sehe ich jetzt großes Nicken im Publikum, aber noch einmal, wenn man nun einmal mit der Situation umzugehen hat, dass auf dieser Welt bei den G20 demokratisch gewählt, ob es uns gefällt oder nicht, wir dort mit diesen Staatschefs zu tun haben und für diese Fragen es auch Ergebnisse in dieser Welt geben muss, die in diese Richtung gehen, zu sagen, wie kann diese Welt gerechter organisiert werden, Klimaschutz und die ganzen Fragestellungen. Da muss man sich doch mit den Leuten auch auseinandersetzen, die nun einmal Repräsentanten dieser Staaten sind. Und Herr Trump ist nun einmal demokratisch gewählt, ob uns das passt oder nicht. Deswegen müssen wir auch mit den Administrationen, mit den demokratischen Vertretern dieser Staaten umgehen und können nicht sagen, wir erfinden irgendwie ein anderes Weltmanifest, wie das alles ganz super gerecht und utopisch zu sein hat, aber reden mit den demokratischen Repräsentanten dieser Länder nicht. Und wir müssen, ob uns das gefällt oder nicht, auch mit denen reden. Und da sind die G20 nun einmal ein Format, ein in der Tat nicht verbindliches, sondern sozusagen ein unverbindliches, was ein bisschen Meinungsbildung vorbereitet, weil wir leider noch nicht so weit sind, dass die UNO vollständig diese Rolle ausfüllen kann, sondern da braucht man vorbereitend eben auch andere Gremien dafür. Das ist ein bisschen der Hintergrund. Deshalb meine Frage, glauben Sie eigentlich, dass irgendeiner Forderung, die Sie formuliert haben – dass das moralisch wertvolle Forderungen sind, will ich ja gar nicht in Abrede stellen an vielen Stellen, auch wenn sie utopisch sein mögen –, aber glauben Sie, dass Sie irgendeinem einen Millimeter näher kommen, wenn einfach gesagt wird, wupps, die kommen gar nicht angereist. Also, zwei Fragen.

Vorsitzende: Okay, drei konkrete Fragen, zwei zum Verfahren, eine inhaltliche Frage. Wer mag antworten?

Herr Brückmann: Wir teilen uns das auf.

Vorsitzende: Beginnen Sie einfach, Frau Sepehrnia.

Frau Sepehrnia: Also, warum kommen wir so spät. Ich denke, das ist eine Frage, die sich alle hier stellen müssen, weil, glaube ich, für die Mehrheit der Leute, die sich so in diesem Hause versammeln, in irgendeiner Weise klar ist, dass es politisch keine kluge Entscheidung gewesen ist, diesen Gipfel in Hamburg abzuhalten. Ich denke, dass darüber das Einvernehmen sogar noch größer ist als über die Frage, ob das mit der G20 überhaupt berechtigt ist. Insofern ist es vielleicht eine Frage, die sich alle stellen müssen, wenn man sieht, dass so etwas falsch ist. Warum macht man dann nicht gleich etwas dagegen?

Für uns gilt, dass wir sehr früh begonnen haben zu sagen, das ist falsch. Und wir fordern deshalb auch, dass es nicht stattfindet. Es ist aber nötig, dass sich gesellschaftlich stärker darüber auseinandergesetzt wird, dass man – da haben wir, glaube ich, eine besonders ausgeprägte Kontroverse – nicht meint, dass etwas Falsches, einfach weil es mächtig ist,

trotzdem durchgesetzt werden kann. So gibt es eben sehr verbreitet die Haltung. Und das ist auch bei unserer Kampagne deutlich geworden in den zahlreichen Gesprächen mit anderen Teilen der Bevölkerung, dass das eine absolut anmaßende, absurde, katastrophale Angelegenheit ist, diesen Gipfel in der Stadt durchzuführen, dass aber die Möglichkeiten, etwas absolut Katastrophales und Schädliches zu verhindern, persönlich sehr gering eingeschätzt werden.

Das ist ein Problem, dem muss sich insbesondere das Parlament stellen, denke ich, denn es ist dasselbe Problem, was dazu führt, dass die Wahlbeteiligung immer niedriger wird und dass immer weniger Menschen sich über lange Zeit – ich meine, das ändert sich gerade wieder – intensiv politisch eingemischt haben, was eben auch begünstigt ja, dass rechte Kräfte stärker werden. Deshalb glaube ich, dass diese Frage eine ist, die wir nur gemeinsam beantworten können. Wir müssen sagen, es geht darum, wenn man einmal sieht, dass etwas falsch ist, dass etwas schädlich ist für die Stadt und die sozialen Interessen der Bevölkerung, dann muss man auch zusehen, wie man es verhindert und hat diese Verantwortung und kann nicht sogenannten realpolitisch sagen, es sei ja nur leider nicht realistisch, das, was eigentlich im Interesse der Bevölkerung ist, auch durchzusetzen.

Womit ich zur Beantwortung der zweiten Frage von Herrn Dressel komme, nämlich: Was ist realistisch, den Zielen, die uns möglicherweise einen, wenn wir uns gemeinsam auf die Landesverfassung oder das Grundgesetz beziehen, denn eigentlich mit unseren Aktivitäten zu nähern und wie soll man dem näherkommen, wenn die G20 nicht in Hamburg zusammenkommen? Ich meine, dass ich eigentlich relativ systematisch genau zu dieser Frage argumentiert habe an der Stelle, wo wir gesagt haben, dass es ja bei dieser Petition die ganze Zeit darum geht zu sagen, es gibt zu allem, was mit G20 verbunden ist, eine Alternative, die wirksam ist.

Die Konkretion war beispielsweise – ich gucke die ganze Zeit auf dieses Hafengebäude – zu sagen, eine Zivilklausel für den Hafen durchzusetzen, Rüstungsexporte zu stoppen. Das hilft tatsächlich, Kriege zu beenden, anstatt die Leute sich zusammensetzen zu lassen, die diese Kriege organisieren und davon profitieren. Das wäre das Heilsamste sowohl in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West in der Ukraine wie auch das Heilsamste in der Auseinandersetzung in Syrien, wenn die finanziellen Quellen und die waffenmäßigen Quellen für das immer wieder Aufflackern und Anheizen dieser unfassbar blutigen Auseinandersetzung abgeschnitten würden. Die Waffen werden in der Regel nicht dort produziert. Das ändert sich gerade ein bisschen, aber in der Regel werden sie nicht dort produziert, sondern sie werden hier produziert und sie werden von hier geliefert und hier werden damit die Geschäfte gemacht. Wenn man das also beenden möchte, ehrlich und redlich, dann muss man diese Geschäfte damit einstellen. Und wer kann das besser als diejenigen, die ganz direkt dort sitzen, wo diese Sachen gemacht werden, nämlich wir hier in Hamburg? Wir können das und haben deshalb auch diese Verantwortung.

Vorsitzende: Ja, bitte.

Herr Brückmann: Ich wollte nur einmal kurz etwas sagen zu der demokratischen Gewährtheit der Leute, die hierher kommen. Ich glaube, wenn wir an den König von Saudi-Arabien denken, wenn wir an den Putschpräsidenten Temer in Brasilien denken, dann erledigt sich das relativ schnell. Und was jetzt eben die Alternative ist, haben wir auch deutlich gemacht mit der UNO, wo eben 193 Staaten gleichberechtigt, formal gleichberechtigt in der UNO-Vollversammlung zusammenkommen, dann scheint uns das doch eben eine Alternative zu sein, die beste derzeit mögliche Form Bilder sich über unter anderem Weltfrieden auszutauschen und die von den G20-Staaten eben explizit aktuell bekämpft wird und die ja eine explizite Gegenwirkung auch davon sind. Ein Beispiel wurde ja auch genannt mit den Verhandlungen für den Atomwaffensperrvertrag, wo eben die G20-Staaten im Wesentlichen sich sperren, dass der gemacht wird. Und wenn die sich dann als so eine Club-Governance-Form selbst ermächtigt irgendwie hier in Hamburg treffen, um zu

vereinbaren, wie man quasi die eigenen Privilegien, wie das jetzt Professor Dr. Sighard Neckel, Soziologieprofessor an der Uni Hamburg, gesagt hat, das ist eigentlich die einfachste sozialwissenschaftliche Erkenntnis, dass, wenn sich die Privilegierten zusammensetzen, dann werden sie wohl kaum gemeinsam beschließen, er hatte gesagt, Verzicht zu üben beziehungsweise insgesamt für das Wohl der Welt einzutreten. Und das kann man eben an verschiedenen Elementen auch deutlich machen. Also, wenn 18 der 20 größten CO2-Emittenten der Welt zusammenkommen und sich als jetzt die Klimaengel inszenieren, das sind eben die Staaten, die jährlich 444 Milliarden US-Dollar an Subventionen für fossile Energieträger zusammentun. Und das, glaube ich, sind einige Beispiele, warum das dann im Rahmen von UN und nicht quasi dieser nicht legitimierte Klub da sinnvoller aufgehoben ist.

Und zur Frage der konkreten Durchsetzbarkeit kann ich nur noch einmal abschließend sagen, dass wir da natürlich ein bisschen auf die Weisheit, die technische Weisheit der Leute hier in der Bürgerschaft gesetzt haben, denen sicherlich ein paar Ideen kommen, wie das jetzt konkret durchgesetzt werden kann. Es wurde einmal geredet von einem Einzelgesetz, was man machen könnte, womit wir durchaus zufrieden wären, aber durchaus hat, glaube ich, ja die Bürgerschaft auch ein gewisses Weisungsrecht oder ein bisschen Beauftragungscharakter gegenüber dem Senat. Und wenn wir uns dann angucken, dass Sicherheit eben Ländersache ist, und wenn hier ziemlich festgestellt wird, dass man diesen Gipfel hier nicht durchsetzen kann, ohne die Sicherheit der Hamburgerinnen und Hamburger zu gefährden, nicht durchführen kann, ohne die Grundrechte zu brechen, dann müssen wir feststellen, dass er eben nicht durchgeführt werden kann. Das liegt dann durchaus auch in der Kompetenz des Landes. Und dann liegt es unserer Ansicht nach in der Verantwortung, dann diesen Gipfel abzusagen. Und was dann durchaus auch an kreativen Möglichkeiten ja manchmal sich zeigt, haben wir ja auch gesehen, als es darum ging, die türkischen Ministerinnen und Minister hier in der Bundesrepublik, spezifisch auch hier in Hamburg, nicht sprechen zu lassen. Da wurde dann eben die Brandschutzbestimmung von einer Halle noch einmal neu entdeckt, wo man dann ja durchaus auch kreativ geworden ist, um etwas, was man politisch richtig findet, dann auch formal durchzusetzen.

Insofern freuen wir uns da über Anregungen Ihrerseits, wie das klappen kann und vertrauen darauf, dass Sie das da nächsten Mittwoch entsprechend auch beschließen können oder eben auf den Weg bringen können, weil natürlich wir auch keine Wunder von Ihnen erwarten wollen.

Vorsitzende: Bevor Herr Dr. Dressel jetzt die Gelegenheit zu einer Nachfrage bekommt, will ich vielleicht schon noch einmal eine grundsätzliche Bemerkung machen. Wir nehmen Sie und Ihr Anliegen hier sehr ernst. Das mögen Sie daran erkennen, dass wir in sozusagen Windeseile unter Abkürzung aller Fristen und aller Ladungsgeschichten diese Sitzung hier noch möglich gemacht haben. Normalerweise wäre das irgendwie im September 2017 dran gewesen auf der Tagesordnung, wenn wir das hier so ordentlich gemacht hätten. Also, wir nehmen Sie da sehr ernst und hören Sie sehr gern an, hören Ihnen zu.

Umgekehrt wäre es aber tatsächlich für die Abgeordneten auch eine bessere Situation, wenn Sie sich etwas mehr bemühen würden, auf die Fragen tatsächlich einzugehen. Ich mache diese Bemerkung jetzt einmal, weil man sonst so ein bisschen auch aneinander vorbeiredet und das ist eigentlich nicht der Sinn der Veranstaltung. Das gilt natürlich insbesondere für Fragen, die uns alle bewegt haben, wie zum Beispiel, warum kommen Sie denn damit Ende Mai 2017 in die Verfahren, denn Sie sind ja in Ihrer AStA und sonstigen Lebenserfahrung gremien- und verfahrenserfahren. Also, das ist ja durchaus so, dass man sich auf so etwas dann auch ein bisschen einlassen muss. Das ist jetzt nur ein Beispiel. Ich will das jetzt gar nicht alles aufzählen, was hier auch nicht beantwortet worden ist. Ich will nur diese Bemerkung einmal machen. Es wäre gut, wenn wir da tatsächlich auch in einen Dialog kämen.

Jetzt hat Herr Dr. Dressel Gelegenheit zu einer Nachfrage. Dann ist Herr Nockemann dran. Und dann hat Herr Dolzer das Wort. Herr Dr. Dressel bitte.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Also, zur Frage, so spät, warum so spät, gab es keine Antwort. Zur Frage, wie das jetzt rein praktisch funktionieren soll, eine Woche vorher das abzusagen, gab es keine Ansage. Sie haben eben gesagt, Wunder wollten Sie nicht erwarten, aber was soll denn das anderes sein, als sozusagen jetzt rein faktisch das jetzt dann auch noch umzusetzen? Und da finde ich schon ein kleines bisschen ... Wenn Sie so viel Gelegenheit hatten nachzudenken, ob Sie diese Petition machen jetzt so spät, dann hätte man ja zumindest die Zeit noch einmal dazu verwenden können, da einmal ein bisschen zu sagen, wie so etwas eigentlich praktisch funktionieren soll, wenn man sich so viel Zeit lässt, bis man so eine Initiative hier startet. Das war gar nicht die Nachfrage. Die war erst einmal, ob Ihnen denn auch bekannt ist, dass es ja gar nicht nur die G20 sind, sondern eigentlich G35, nämlich die Vorsitzenden von vielen internationalen Organisationen gerade der von Ihnen auch jetzt genannten UNO – die UNO sitzt natürlich mit am Tisch bei dieser Geschichte –, ob Ihnen das bekannt ist, wer alles noch mit dabei ist, also dass es nachher wesentlich repräsentativer ist. Das ist der eine Punkt.

Und dann würde ich gern auch die Nachfrage noch einmal stellen zu dem, was Golnar Sepehrnia eben so schön mit dem Blick auf dieses Bild und die Kriegsklausel oder die Zivilklausel in der Frage, wie setzt man das im Hafen um, umschrieben hat. Das ist doch gerade ein wunderbares Beispiel dafür, dass eine Variante, dass wir irgendwelche Hafenbestimmungen hier verändern, doch überhaupt nicht ausreicht um das, was Sie selbst als Anliegen formuliert haben, für mehr Frieden in der Welt und weniger Waffenexporte umzusetzen, wenn im Hamburger Hafenrecht irgendetwas geändert wird. Ist es dann nicht total notwendig, dass man viele Exporteure an einem Tisch hat, dass man das global und jedenfalls mindestens national oder eben eigentlich in einem viel größeren Zusammenhang begreifen muss, als dass irgendetwas gelöst ist auf der Welt, wenn dann etwas nicht über den Hamburger Hafen exportiert wird, sondern über Rotterdam? Und deswegen ist doch einfach das noch einmal ein zentrales Argument, dass wir solche Sachen nur gemeinsam bewegen können und nicht in Insellösungen, wenn wir hier in Hamburg so schön beisammen sind.

Vorsitzende: Frau Sepehrnia.

Frau Sepehrnia: Ich halte das für eine falsche Entgegensetzung, weil, unsere Kampagne heißt ja "Gemeinsam statt G20". Und das geht nicht darum, dass es nicht um gemeinsame Verständigung ginge. Man könnte beispielsweise sagen – also, das ist jedenfalls das, woran wir uns die ganze Zeit orientieren –, der Gipfel findet nicht statt, aber Vertreterinnen und Vertreter sowie gesellschaftliche Organisationen, von Gewerkschaften, der Vereinten Nationen, vielleicht sogar progressiver Regierungen kommen trotzdem in Hamburg zusammen und verständigen sich darüber, wie man denn wirklich die Probleme dieser Welt lösen kann.

Unsere These ist ja nicht zu sagen, es ist falsch, miteinander zu sprechen. Das haben wir versucht, auch deutlich zu machen. Sowohl die Staaten, also die Regierungsvertreter, wie auch die Bevölkerung müssen miteinander sprechen. Die Frage ist, worüber wird gesprochen und in wessen Interesse wird gesprochen. Deshalb habe ich in meinem Abschnitt dargelegt, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem artikulierten Interesse der G20. Die formulieren auch in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin dazu noch einmal, dass es prioritär um wirtschaftliche Interessen geht und man dies zum Beispiel vergleicht damit, dass es bei der UNO prioritär um das Interesse Weltfrieden geht. Das ist ein anderer Zweck der Verständigung. Und der Zweck der Verständigung ist das, was kritisiert wird von uns und nicht, dass sich verständigt wird.

Zu dem zweiten Teil der Frage, wie das sich nun verhielte mit dem Rüstungsexportstopp. Sicherlich würde die Einführung einer Zivilklausel für Hochschulen und Häfen nicht den Krieg aus der Welt schaffen, aber es wäre ein Schritt in diese Richtung. Ich meine, durchaus nachgewiesen zu haben, dass die Verständigung über Rüstungsexporte, andere Wirtschaftskooperationen und politische Kooperationen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Saudi-Arabiens und der Bundesrepublik mitnichten dem Zweck dienen, den Krieg zu beenden und auch kein Schritt dahin sind, sondern konkret sogar der Kriegsvorbereitung, der erneuten und erweiterten Kriegsvorbereitung dienen, insofern, als dass es zumindest starke Kräfte in Saudi-Arabien und in den USA gibt, die vorbereiten, den Iran anzugreifen, wofür beispielsweise diese Konflikteskalation zwischen Saudi-Arabien und Katar, wie soll ich sagen, ein wichtiges Symptom ist. Und auch da gilt: Verantwortlich wäre in dieser Situation, dafür zu wirken, dass darüber gesprochen wird, wie man aus der Nummer wieder herauskommt, dass man da klare Kante zeigt zu sagen, es muss eine ganz andere Richtung haben. Das ist aber nicht der Fall.

Die G35. Es gibt ja diesen schönen Ausspruch, dass es besser ist, mit am Tisch zu sitzen, als auf der Speisekarte sich wiederzufinden. Und es ist sicherlich so, dass insbesondere auch Teilorganisationen der Vereinten Nationen es, weil sie eben diplomatisch agieren, für unvermeidbar in gewisser Weise halten, sich mit der G20 auseinanderzusetzen und Teil dieses Verhandlungskomplexes zu sein. Das bedeutet aber nicht, dass die Diplomatinen und Diplomaten und überhaupt die politischen Akteure der Vereinten Nationen das begrüßen. Das wurde beispielsweise bei einer Veranstaltung des DGB in Hamburg zur G20 sehr deutlich, wo Vertreterinnen der ILO dies sehr klar auch kritisiert haben, dass sie sich einfach genötigt sehen, an diesen Dingen irgendwie mit teilzunehmen, weil da relevante Sachen entschieden werden, dass sie das aber durchaus erkennen als einen Versuch, die internationale Diplomatie im Rahmen der UNO zu untergraben und dass sie dieses Dilemma gern gelöst sähen und dabei auch sehr stark auf die zivilgesellschaftlichen Bewegungen setzen, dass eben das Schwergewicht wieder von den G20 zu den Vereinten Nationen verlagert wird. Das ist es, glaube ich, erst einmal.

Vorsitzende: Okay, vielen Dank. Dann kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Vielen Dank. Von meiner Seite aus möchte ich Ihnen erst einmal herzlich dazu gratulieren, dass Sie diese über 10 000 Unterschriften in dieser relativ kurzen Zeit zusammengebracht haben. Das ist eine großartige Leistung. Sie haben über 10 000 Menschen mit Argumenten und mit Worten überzeugt, zu unterzeichnen. Und damit unterscheiden Sie sich doch sehr stark und in vorbildlicher Weise von denen, die auf andere Art und Weise gegen den G20-Gipfel vorgehen wollen.

Und, lieber Herr Dr. Dressel und lieber Herr Trepoll, ich finde es schon ein bisschen kleinlich, wenn Sie argumentieren, legen Sie uns doch einmal dar die Zahlen und was das Ganze kostet. Ich glaube, angesichts der Komplexität dieses Gipfels und angesichts dieser Leistung sollten wir uns mit diesen kleinlichen Dingen gar nicht auseinandersetzen.

Ich konnte Ihren Ausführungen mit großem Interesse folgen. Ich finde es auch gut, dass Sie nicht nur einseitig gegen G20 argumentiert haben, sondern dieses Anliegen auch mit sozialen Gesichtspunkten versehen haben. Der Beschreibung dieser sozialen Missstände nicht nur in Deutschland, sondern auch auf unserem Planeten konnte ich gut folgen. Allerdings haben Sie zuweilen den Bogen etwas überspannt. Zuweilen waren Sie auch lebensfremd in Ihren Darstellungen, was die Hafenwirtschaft, was Kriegswirtschaft angeht. Wenn Sie von Putschpräsidenten sprechen, dann dient das ja nicht Ihrem Anliegen. Wenn Sie sagen, die G20 verfolgten eine menschenverachtende Politik, dann ist das viel zu einseitig und wird diesem Gipfel doch überhaupt nicht gerecht, denn da gilt das – und jetzt schließe ich mich den Vorrednern Trepoll und Dr. Dressel an –, es ist allemal besser, sich zusammzusetzen und zusammen zu reden.

Mich irritiert auch ein klein wenig Ihre Wortwahl, wenn Sie schreiben, wir wollten diesen Kriegs- und Ausbeutergipfel verhindern. Nach Auffassung meiner Partei ist das kein Kriegs- und Ausbeutergipfel, sondern hier bemüht man sich, zusammenzukommen und die Probleme der Welt vernünftig zu lösen, und zwar mit friedlichen Mitteln.

Sicherlich war es eine einsame Entscheidung der Kanzlerin und des Bürgermeisters, den Gipfel hier in Hamburg austragen zu lassen. Und das kritisieren wir auch. Auf der anderen Seite ist es häufig genug in den Medien thematisiert worden, wo soll man sonst einen Gipfel durchführen. Flugzeugträger oder Helgoland kommen für meine Partei, meine Fraktion auch überhaupt nicht in Betracht.

In einer Hinsicht kann ich Ihnen auch zustimmen. Die Einschränkung von Grundrechten in Hamburg ist eklatant. Viel halten wir nicht von dieser sogenannten demokratiefreien Zone, die da eingerichtet wird, aber es ist erhebliche Gewalt angedroht worden. Und wie anders soll der Senat reagieren als durch diese Verbotszonen? Und da stehen wir eindeutig auf der Seite des Senats. Das war es. – Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank. Eigentlich war das gar keine Frage, aber bitte, Sie können gern darauf eingehen.

(Zuruf Abg. Dirk Nockemann: Das war nur eine Bemerkung!)

Sie dürfen eine Bemerkung machen sozusagen. Es gibt nur trotzdem den Wunsch zu reagieren. Ja bitte, Frau Sepehrnia.

Frau Sepehrnia: Absagen. Also, das ist die Antwort. Wie anders soll man reagieren? Absagen. Das ist die Antwort darauf.

Ich wollte zu, weil das mir eben noch eingefallen ist und Frau Veit uns ja dazu aufgefordert hat, dass wir ...

(Abg. Christiane Schneider: Können Sie ein bisschen näher ans Mikro gehen?)

Verzeihung. ... Frau Veit ja dazu aufgefordert hat, dass wir sehr differenziert eingehen mögen auf die Beiträge der Abgeordneten, noch einmal auf die Eingangsanmerkung von Herrn Steinbiß eingehen mit einer Gegenfrage insofern, als dass Sie ja kritisiert haben, dass wir diesen Gipfel elitär nennen.

Nun hatten wir argumentiert, dass dieser Zusammenschluss der G20 ja doch ziemlich auf Zuruf entstanden ist, keine völkerrechtliche Grundlage hat, die in irgendeiner Weise nachvollziehbar wäre und es auch keine Kriterien gibt, warum und wie Länder Teil dessen sind oder auch da wieder herausfliegen könnten oder irgendwie so etwas, dass es sich also um einen willkürlich gebildeten Zusammenschluss handelt, die dann gemeinsam Interessenpolitik verfolgen und auch Interessenpolitik – das wird ja in allen Erklärungen deutlich – in Bezug auf große Teile der Welt, die nicht involviert sind oder nur sehr vermittelt und sozusagen durch einen Flaschenhals involviert sind in die Gespräche der G20. So begründen wir, dass wir das einen elitären Gipfel nennen. Ich habe nicht verstehen können in Ihren Ausführungen, was Sie meinen, warum das nicht elitär sei.

Und zu der immer wieder gestellten Nachfrage von Herrn Dressel zu dem Zeitpunkt unserer Kampagne oder unserer Petition und dem Modus sozusagen, wie das realistisch wird, möchte ich auch noch einmal auf die dargestellten Argumente verweisen, die wir gern auch noch einmal vertiefen können. Meine Auffassung ist, es wird ein Ausnahmezustand herbeigeführt. Dieser Ausnahmezustand ist extralegal. Das ermöglicht auch die juristische Handhabe insbesondere für Organe dieser Stadt, viel mehr als für uns, verfassungsmäßig

dagegen vorzugehen, dass dieser extralegale Ausnahmezustand hier durchgesetzt wird. Wenn also jemand die Möglichkeit hat, sowohl auf juristischem Wege wie auf politischem Wege das zu verhindern, unmittelbar, und zwar sehr zügig auch innerhalb weniger Tage, dann sind Sie das. Das sind nicht wir.

Interessant finde ich in dem Zusammenhang die Frage, warum sich die Abgeordneten dieses Hauses das nicht oder jedenfalls nicht so, dass man das öffentlich gut wahrnehmen konnte, eigentlich vorgelegt haben. Denn es ist ja auffällig, dass es keine transparenten Beschlüsse zum Beispiel über Monate, anderthalb Jahre eigentlich, gegeben hat zur Durchführung dieses Gipfels, nicht einmal eine Wollen-wir-das-wollen-wir-das-nicht-was-passiert-mit-unserer-Stadt-oder-irgendwie-so-etwas-Debatte, bis die Debatte durch die außerparlamentarischen Kräfte irgendwann so angeheizt war, dass sich Anfang des Jahres 2017 vielleicht nach und nach dieses Thema irgendwie den Weg ins Parlament suchte. Aber es ist ja schon erstaunlich, dass ein so tiefer Eingriff in das Leben der Stadt vorgenommen wird, ohne dass die Bürgerschaft überhaupt nur den Willen hat, sich frühzeitig damit intensiv auseinanderzusetzen, was das ist, warum man das macht, was das für die Stadt bedeutet und wie das durchgeführt werden soll und es erst der Intervention aus der Öffentlichkeit bedarf, dass dieses Parlament, das verantwortlich ist für diese Stadt, sich damit diskursiv und beschlussmäßig auseinandersetzt.

Vorsitzende: Gut, dann gehen wir weiter. Herr Dolzer, Herr Dr. Duwe und Herr Müller.

Abg. Martin Dolzer: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich wollte mich erst einmal recht herzlich bedanken bei den Petentinnen und Petenten für die sehr ausführliche Schilderung ihres Anliegens und auch die sehr humanistische und wenig bürokratische, aber vor allem auch recht ganzheitliche Herangehensweise sowohl in den ersten Schilderungen wie auch in der Beantwortung der Fragen. Sie haben ja in recht kurzer Zeit mehr als 10 000 Stimmen gesammelt. Das "Hamburger Abendblatt" hat eine nicht repräsentative, aber doch recht ausführliche Befragung der Hamburger Bevölkerung gemacht und knapp zwei Drittel haben sich da auch gegen den Gipfel ausgesprochen, dass sie es nicht richtig finden, dass er in Hamburg durchgeführt wird.

Ich finde auch richtig, dass Sie beschrieben haben ... Sie haben ja sozusagen die Verrechtlichung der neoliberalen Dogmen, wie sie stattfindet in den G20 oder auch durch die Troika, wo Gremien sich doch recht willkürlich zusammensetzen von mächtigen Staatschefs dieser Welt, begleitet von Think Tanks oder auch Lobbyisten, wie dadurch Völkerrecht oder internationale Verträge ausgehebelt werden im Grunde genommen. Mit der Legitimität der Vereinten Nationen, dass die Ausrichtung daraufhin ausgerichtet ist, finden wir auch richtig. Da haben Sie nicht ganz recht. Wir haben uns in der Bürgerschaft damit auseinandergesetzt. Wir hatten als die Fraktion DIE LINKE ja einen Antrag, wo wir genau die Reformierung und die Demokratisierung der UN statt den G20 gefordert haben und auch dass Hamburg etwas dafür tun könnte.

Da Sie ja eine recht ähnliche Ansicht vertreten in Ihrer Petition, haben Sie sich ja auch Gedanken darüber gemacht, wie die UN reformiert werden kann? Es wird ja immer gesagt ... Wir hatten auch im Europaausschuss eine längere Diskussion mit der Assistentin von Frau Merkel, die für G20 zuständig ist, und die sagte dann eben, na ja, in der UN sind die Entscheidungen so langwierig, die Wege sind langwierig, die Diskussionen sind lang, die Interessen sind zu gegensätzlich. Halten Sie das für ein richtiges Argument, um dann ein Gegengremium zu bilden oder ist das dann doch eher der falsche Ausweg und wie könnte man die UN reformieren?

Ich wollte auch kurz einmal noch auf Herrn Dressel eingehen. Sie haben ja die G20 ein bisschen beschrieben auch als diejenigen, die Impulse geben in die Politik. Und, klar, da wird viel Geld in die Hand genommen. Und die G20 setzen sich zusammen und diskutieren relevante Themen, aber sie ziehen auch in so einer Art wie so ein Zirkus von einem Land in

das nächste, in dem die G20 angesiedelt sind. Und die anderen 173 Staaten nehmen daran nicht teil, können sich nicht präsentieren. Und wenn man jetzt guckt, in Antalya zum Beispiel war der G20-Gipfel zu Terrorismus, während gleichzeitig 2015 die türkische Regierung mit dem Islamischen Staat zusammengearbeitet hat. Can Dündar hat das deutlich gemacht, dass dort Waffen geliefert worden sind, während gleichzeitig in den kurdischen Provinzen der Türkei Soldaten in Kellern Menschen angezündet haben, Kriegsverbrechen, die sogar bei der Bundesanwaltschaft angezeigt worden sind. Und Herr Erdoğan hatte da die Möglichkeit, sich darzustellen als der oberste Terrorbekämpfer. Also, das hat schon einen Inszenierungscharakter, den wir nicht richtig finden. Sehen Sie das ähnlich, dass das in Hamburg auch so angedacht ist, ist da die Frage.

Und noch einmal als Beispiel. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen als die reichsten Bundesländer, machen auch nicht die G3 und setzen sich neben den Bundesrat und sagen, na ja, Bundesrat ist eine Quasselbude, ist ein bisschen anstrengend, deshalb machen wir jetzt hier die Vorgaben. Also, das wäre hier vielleicht vergleichbar, wenn man das auf eine andere Ebene einmal zieht.

Ich denke, es ist auch wichtig, dass die Petenten einfordern, dass Frieden ... Wir können von hier aus Zeichen setzen. Wir können durch Zivilklauseln oder auch dass wir zum Beispiel die Fregatte Hamburg, die da unten steht ... Da könnten wir auch die Sea-Watch hinstellen. Dann hätten wir vielleicht ein anderes Signal, ein anderes Zeichen gesetzt aus dem Rathaus.

Ich habe noch eine Frage. Sie sprachen von wirtschaftlichen Interessen. Nun gab es ja schon auch im Rahmen des G20-Gipfels eine Konferenz in Berlin, zu der Herr Schäuble eingeladen hat, zu Afrika, wo eine investorenfreundliche Strukturöffnung von ausgewählten afrikanischen Staaten gefordert wurde. Finden Sie das richtig? Ist das genau das, was Sie meinen mit den Nebenstrukturen?

Und eine Frage noch zu dem Ausnahmezustand, extralegalen Ausnahmezustand. Sie verknüpfen das mit dem "öffentlichen Leben wird lahmgelegt". Können Sie das vielleicht noch differenzieren? Also, jeder hat ja von dieser 37-Quadratkilometer-Demonstrationsverbotszone gehört, aber gibt es noch weitere Eingriffe in das öffentliche Leben, was Sie da meinen? Meinen Sie auch die Verlegung von 80 Inhaftierten im Vorfeld, damit mehr Untersuchungshaftplätze frei sind oder sehen Sie auch die Grundrechte von denjenigen, die vielleicht in Gewahrsam genommen werden, auf 9 Quadratmeter 5 Menschen, in Gefahr? Können Sie da noch vielleicht ein bisschen mehr ins Detail gehen, was Sie da für Kritikpunkte haben, danke?

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dolzer. Eine Reihe ganz konkreter Fragen. Wer mag beginnen? Frau Sepehrnia bitte.

Frau Sepehrnia: Das öffentliche Leben, das ist ja fast das Einfachste. Also, einfach nur einmal so vom Campus her gesprochen kann ich sagen, ein tiefer Eingriff ist beispielsweise, wenn wochenlang Erzieherinnen und Eltern diskutieren müssen mit allen möglichen Leuten und miteinander, was bedeutet G20 eigentlich, was macht das, wenn irgendwie über unseren Kindern die ganze Zeit die Hubschrauber kreisen, überall bewaffnete uniformierte Leute herumrennen, man nicht irgendwie dahin kommen kann, wo man hinkommen möchte und möglicherweise die Kinder Zeugen von irgendwelchen gewalttätigen Auseinandersetzungen ... Störe ich?

(Abg. André Trepoll: Ich habe mich nur gefragt, ob Sie Kinder haben, ob Sie das beurteilen können, weil, meine Kinder finden das, glaube ich, ganz interessant, wenn da Hubschrauber kreisen)

Dann beispielsweise die Kolleginnen und Kollegen aus den Tagesstätten zum Beispiel des Studierendenwerks berichten, dass sie sich dann halt damit auseinandersetzen müssen, was

ja nicht völlig falsch ist oder nicht einfach abzulehnen ist oder so etwas, was man aber auch unter anderen Bedingungen besser machen könnte, wie denn sehr kleinen Kindern beispielsweise beizubringen ist, dass irgendwie Polizist schlägt Demonstrant, kein cooles Spiel ist, sondern dass man möglicherweise auch im relativ frühkindlichen Alter schon Friedensbildung betreiben muss. Das ist eine Herausforderung und es ist auch ein ganz schöner Eingriff, dann zu organisieren beispielsweise, wenn die Tagesstätte nicht aufmacht oder man irgendwie ganz woanders seine Kinder hinbringen muss, als das normalerweise der Fall ist, oder so etwas. Das ist ein tiefer Eingriff in das öffentliche Leben, meine ich, wenn wir beispielsweise über den Fakultätsrat Medizin mitbekommen, dass im Universitätsklinikum es an den G20-Tagen so gut wie keine Lehre geben wird, deshalb, weil sich die Kolleginnen und Kollegen aus dem medizinischen Bereich darauf vorbereiten, dass sie in den Ambulanzen arbeiten müssen, und zwar alle.

Es ist ein tiefer Eingriff in das öffentliche Leben, wenn die Polizistinnen und Polizisten uns beispielsweise berichten, dass sie schon Wochen vor dem Gipfel ihre normalen Tätigkeiten, die dafür erforderlich sind, die Sicherheit dieser Stadt zu gewährleisten, beispielsweise in den Bereichen Wirtschaftskriminalität, Sitte oder so etwas, ihre Ermittlungstätigkeit weiterzuverfolgen und aufrechtzuerhalten, wo es ja auch einigermaßen darauf ankommt, dass man up to date ist und dranbleibt, dass sie diese Arbeiten unterbrechen müssen, weil sie irgendwie als Beamte in die GeSa gesetzt werden oder sonst irgendwohin gesetzt werden und jedenfalls abgehalten werden davon, ihre zum Teil auch über Monate oder Jahre intensiv verfolgte Recherchetätigkeit vernünftig zu realisieren.

Das sind drei Beispiele, die mir spontan einfallen zu tiefen Eingriffen in das öffentliche Leben. Weiter kann man sagen, die Leute, die irgendwie als mehr oder weniger Kleingewerbe betreibende Gastronomen in der besonders roten Zone der Polizei tätig sind, klagen darüber, dass Lieferanten ab dem 3. oder 4. Juli 2017 nicht mehr liefern. Wenn die Leute keine ausreichend große Kühlanlage haben beispielsweise, wissen sie nicht, wie sie ihren Betrieb aufrechterhalten sollen. Und das kann für manche hart an die Grenze der Aufrechterhaltung dieser Geschäftstätigkeit gehen. Da kommen die Leute einfach in Nöte. Darüber kann man lachen, darüber kann man natürlich sagen, das muss einen nicht weiter interessieren, oder man kann sagen, das ist aber alles gerechtfertigt, aber es – wie soll ich sagen? – kommt ja dazu, dass es eine Verdichtung dieser Probleme gibt. Es ist eben nicht nur einer dieser Fälle, sondern einfach alle Teile der Bevölkerung. Jeder Teil der Bevölkerung hat an irgendeiner Stelle mit diesem Gipfel in der Weise zu tun, dass er ihn an die Grenze dessen bringt, was man eigentlich tragen kann, ohne erhebliche Einbußen oder Verluste sozusagen an der Lebensqualität zu realisieren und möglicherweise auch Schaden an der Öffentlichkeit, was ich mit dem Polizeibeispiel und dem Gesundheitsbeispiel deutlich machen wollte. Das meine ich zu den tiefen Eingriffen in das öffentliche Leben.

Zur Inszenierung. Wir hatten eine interessante Presseaufklärungsveranstaltung in der Universität, zu der das Präsidium der Universität eingeladen hat. Die haben sechs Professorinnen und Professoren verschiedener Fächer eingeladen, ihre fachwissenschaftliche Sicht auf G20 darzulegen. Ein Soziologe, ein Politikwissenschaftler und ein Medien- und Kommunikations-Professor und ein Friedensforscher, der von Haus aus Physiker ist, haben übereinstimmend Folgendes gesagt zu dem Charakter der G20 in Bezug auf Inszenierung: "Die Verhandlungen werden im Wesentlichen vorher geführt. Es gibt einzelne Streitpunkte über das Kommuniqué, die möglicherweise noch im Laufe der Gipfeltage letztlich ausgehandelt werden, aber alles andere passiert ohnehin im Vorwege." Das ist übrigens auch etwas, was für die Abwägung der Verhältnismäßigkeit nicht irrelevant ist. Das Kommuniqué hat keine rechtsverbindliche Wirkung. Das ist eben ein wesentlicher Unterschied zu völkerrechtlich verankerten Institutionen. Es hat vielmehr, und das war jedenfalls die Einschätzung dieser Kollegen, die Funktion, dass alle, die sich beteiligt haben, etwas mit nach Hause nehmen können beziehungsweise hier ihrer je inländischen Presse zeigen können, wo sie sagen können, dort hätten sie sich durchgesetzt oder dort hätten sie etwas erreicht. Weshalb auch exemplarisch dargelegt wurde, inwiefern entweder diese

Kommuniqués sehr oberflächlich sind, sehr unpräzise sind und selten konkrete Maßnahmenvereinbarungen enthalten, wie auch, dass diese Kommuniqués häufig auch in sich widersprüchlich sind, weil es eben darum geht, verschiedene Interessengruppen zu bedienen und so zu bedienen, dass jeder damit irgendwie nach Belieben arbeiten kann. Insofern handelt es sich, denke ich, tatsächlich um eine Inszenierung, die darauf gerichtet ist, sozusagen allen zu suggerieren, hier wird die Weltpolitik gemacht und nirgendwo anders. Alle anderen haben keine Bedeutung. Was wir nun mit unserer Initiative versuchen, besonders klar zu machen, dass das nicht so ist. Die Bevölkerung, die zivilgesellschaftliche Opposition, die NGOs, die UNO, alle haben Bedeutung, mindestens genauso wie die sich dort zusammenfindenden Regierungen. Aber die Inszenierung dient dazu diese Bedeutungslosigkeit zu suggerieren und die Proteste, die Demonstrationen, unsere Kampagne dienen dazu, deutlich zu machen, dass das genau so nicht ist. Alle haben Bedeutung, auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben Bedeutung dafür, dass eine andere, eine zivile und gerechte Politik gemacht wird.

Wie kann die UNO reformiert werden? Das finde ich ein ein bisschen großes Thema. Knapp gesagt ist das, was wir dazu immer wieder diskutieren, der Sicherheitsrat muss enorm an Bedeutung einbüßen, wenn nicht ganz überwunden werden. Und was mir viel wichtiger erscheint ist, dass es eine Demokratisierung in den Ländern selbst gibt und dass eine bessere Finanzierung der Vereinten Nationen realisiert wird, und zwar gerade deshalb, damit man nicht von besonders undemokratischen Kräften abhängig ist. Ich will dazu eins sagen, ich bestreite die Position von Herrn Dressel, dass Herr Trump in einer besonders demokratischen Wahl zustande gekommen sei, aber jedenfalls ist es im Verhältnis zu Katar offiziell eine Demokratie, die Vereinigten Staaten, da würde ich zustimmen.

(Abg. Sören Schumacher: Da gibt es ja wohl keine Zweifel!)

– Bitte?

(Abg. Sören Schumacher: Ich wollte nur sagen, da gibt es ja wohl keine Zweifel!)

– Ja. Das Problem ist allerdings, dass die USA sehr selektiv bis gar nicht zur Finanzierung der Vereinten Nationen beitragen, Katar aber schon, insbesondere wenn es um das Welthungerprogramm geht. Das liegt nicht daran, dass die einen viel mehr Geld hätten als die anderen, sondern es liegt daran, dass auf unterschiedliche Weise im Prinzip dieselbe Interessenspolitik verfolgt wird. Dafür zu sorgen, dass die Demokratien, die so stolz auf ihr Demokratischsein sind, sich viel stärker in der UNO engagieren, auch in der Finanzierung dieser unverzichtbaren Programme zur Bekämpfung des Welthungers beispielsweise, das wäre eine unmittelbare Demokratisierung oder eine Stärkung der Demokratie in den Vereinten Nationen.

Vorsitzende: Gut, dann gehen wir weiter. Herr Dr. Duwe und dann Herr Müller.

(Abg.: Martin Dolzer: Afrika-Konferenz!)

Noch eine Ergänzung? Ja, bitte.

Herr Brückmann: Genau, das war auch etwas, was Professor Dr. Cord Jakobeit, Politikwissenschaftler, angesprochen hatte bei dieser schon erwähnten Pressekonferenz, dass dieser Compact eben alles andere als hilfreich für den afrikanischen Kontinent ist, sondern dass es da eben einzig und allein darum geht, einerseits vielleicht noch Flüchtlinge zu verhindern, womit dann gemeint ist, irgendwie Abschottungspolitik zu betreiben, und ansonsten eigentlich gemeint ist, wie das ja auch schon jahrelange Politik der Zentren gegenüber dem afrikanischen Kontinent ist, dass man eine Marktöffnung betreibt über IWF-Kredite in entsprechenden Auflagen, sogenannte Freihandelsverträge, dass es nicht darum geht, für die Bevölkerungen, hat er explizit erwähnt, Bildungseinrichtungen aufzubauen, eine

Gesundheitsversorgung aufzubauen, sondern dass dort ein Abkommen geschlossen werden sollte, dass europäische, US-amerikanische beziehungsweise insgesamt Konzerne des globalen Nordens Profite in diesen Staaten machen können und das eben auf Kosten dieser Bevölkerungen.

Und das zeigt insgesamt eine sehr große Problematik, auch wie diese ganzen Verhandlungen angelegt sind. Das zeigt sich dann auch in diesem Beiwerk, diesem Schmuckwerk von den sogenannten zivilgesellschaftlichen Einheiten mit Labour20, Civil20, Women20 und Business20. Denn wenn man sich anguckt, dass auf der einen Seite bei den Business20 die Großkonzerne dieser Welt zusammenkommen und überlegen, wie können wir den G20-Staaten noch einmal mitgeben, was wir denn gern hätten, wo dann so etwas rauskommt wie die vermeintliche Hilfe gegenüber Afrika, und auf der anderen Seite dann, das fand ich auch sehr interessant, in dem NDR-Interview mit Jürgen Maier, dem Geschäftsführer Forum Umwelt und Entwicklung, der beauftragt war, diesen Civil20-Gipfel in der HafenCity Uni zu organisieren, der dann selbst in einem Interview sagt: Wir glauben nicht, dass beim G20-Gipfel die Staatschefs sagen, oh, das haben wir ja alle gar nicht gewusst. Jetzt, wo wir es wissen, machen wir das, was die Zivilgesellschaft so sagt. Das ist doch klar, wir machen das, um jetzt zum Beispiel hier mit Ihnen, also den Medien, zu reden, um in der Öffentlichkeit für unsere Forderungen zu werben und eben der Idealfall wäre, dass die Öffentlichkeit in der Gesamtwahrnehmung sagt, die Vorschläge der Zivilgesellschaft finden wir überzeugender als das, was die Regierungen machen. So, also das ist, glaube ich, ein guter Indikator dafür, dass selbst die Leute, die damit beauftragt werden, das zu organisieren, selbst gar nicht davon ausgehen, dass das jetzt wirklich berücksichtigt wird, weil da eben ganz andere Interessen zum Zuge kommen sollen.

Vorsitzende: Okay, Herr Dr. Duwe und dann Herr Müller.

Abg. Dr. Kurt Duwe: Ja, herzlichen Dank. Erst auch noch einmal Gratulation, dass Sie die Unterschriften so schnell zusammenbekommen haben. Die Volkspetition ist eben ein wichtiges Instrument, um auch uns Parlamentarier auf wichtige Dinge hinzuweisen. Und ob das in diesem Falle jetzt genauso ist, das bezweifle ich, nämlich das, was Sie möchten, ist, dass wir einen Gipfel, eine Veranstaltung, die in ein paar Tagen stattfinden soll, einfach einmal versuchen, abzusagen. Also ich gehe einmal davon aus, dass wir das jetzt, selbst wenn wir jetzt hier zu dem Beschluss kommen, nicht durchsetzen können. Also im Grunde genommen ist das eine Gelegenheit, die ich auch begrüße, dass Bürger, die sich engagieren, sehr große Öffentlichkeitswirksamkeit bekommen, und da schließt sich gleich einmal eine Frage an: Finden Sie es eigentlich nicht besser, dass ein G20-Gipfel in einem demokratischen Land stattfindet, wo die Demonstrationsfreiheit gewährleistet ist, ...

(Heiterkeit im Publikum)

... dass dort eben auch die Kritik geäußert werden kann, und zwar auch stark geäußert werden kann, als wenn so ein Gipfel in Moskau oder Riad stattfindet? Das wäre dann die Alternative. Ich glaube nicht, dass das für Sie eine Alternative wäre. Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage ist, welches Land der Vereinten Nationen ist nach Ihrem Verständnis demokratisch? So nach ihrem Verständnis. Sie haben die UNO angestellt als Beispiel, dass man vielleicht mehr über die UNO etwas erreichen sollte. Sie sollten sich einmal anschauen, wie viele Staaten in der UNO wirklich demokratisch verfasst sind, real, nicht theoretisch, sondern real. Da sind sogar die 20 Mitglieder der G20 mehrheitlich demokratisch verfasst, ja? Also das ist für mich kein Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch. Es gibt sehr viele internationale Gremien, die sich mit diversen Problemen befassen und die G20 sind auch nur eine Möglichkeit, über Sachen zu reden.

Zum anderen hatten Sie auch gerade gesagt, dass ja eigentlich alles schon entschieden ist und die sich eigentlich gar nicht mehr treffen bräuchten, weil das ja einfach nur so eine

Inszenierung ist. Ja, was bedeutet denn das für Sie? Dann würde es auch nichts nützen, jetzt diesen G20-Gipfel abzusagen, weil, die Entscheidungen wären ja auch schon gefallen. Also im Prinzip ist das auch für Sie nicht sinnvoll.

Zum Schluss, ich denke einmal, dass dieser G20-Gipfel eine tolle Möglichkeit für Sie bereitet, Ihre Anliegen auch öffentlichkeitswirksam vorzutragen und viel mehr Öffentlichkeit zu erreichen, als dadurch, dass Sie hier irgendwie versuchen, einen G20-Gipfel zu verhindern. – Vielen Dank.

(Abg. Barbara Duden: Genau! Richtig!)

Vorsitzende: Herr Müller.

Abg. Farid Müller: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin. Auch von der GRÜNEN-Seite noch einmal herzlichen Dank, dass Sie so viel Engagement in Hamburg auf die Straße im wahrsten Sinne des Wortes gebracht haben, um die Unterschriften einzusammeln. Die Volkspetition ist ja ein ganz besonderes Instrument in Hamburg, weil tatsächlich alle dran teilnehmen können, die in Hamburg leben und wohnen. Das heißt, unabhängig von Staatsbürgerrecht und unabhängig auch vom Alter können Menschen hier unterschreiben und eine Petition ans Parlament richten. Und wenn dann eben die Unterschriften zusammenkommen, haben Sie eben auch das Recht wie Sie heute hier, Gehör zu finden. Wir GRÜNE finden, die Petition mag altmodisch sein, aber wir finden gut, dass es sie noch gibt und dass man die Gelegenheit dann eben auch bei gewissen Themen auch nutzt.

Ich will auch vielleicht noch einmal sagen, dass wir hier heute uns nicht das erste Mal mit den Themen von G20 beschäftigen. Also wir haben, glaube ich, in ganz vielen Bürgerschaftssitzungen schon zu den einen oder anderen Auswirkungen von G20 gesprochen und werden das auch noch nächste Woche tun. Wir haben in den Ausschüssen auch die Themen des Gipfels mit auf die Agenda genommen, die betroffen sind. Also auch da haben wir uns als Landtag, wenn man einmal so sagen will, auch durchaus nicht nur die Mühe gemacht, das klingt jetzt vielleicht ein bisschen komisch, aber uns auch sozusagen diesen Themen gestellt. Und in den Ausschüssen, wir haben jetzt die Protokolle, die sind nächste Woche auf der Agenda in der Bürgerschaft. Wir werden darüber abstimmen und vorher auch debattieren. Auch da sind wir da dran und, ja, wir wissen, glaube ich, alle Abgeordnete fraktionsübergreifend, dieser Gipfel ist schon eine Herausforderung für die Stadt. Das wird hier auch überhaupt nicht bestritten. Das merkt man auch in allen Debatten in- und außerhalb dieses Hauses. Gleichwohl versuchen, glaube ich, alle Beteiligten, dass wir das, was da jetzt auf uns zukommt, für alle in Hamburg, sagen wir einmal, so stressfrei wie möglich hinzubekommen, obwohl wir alle ein bisschen die Vorstellung haben, dass das nicht immer gelingen wird. Aber das Bemühen, glaube ich, der Abgeordneten, daran zu arbeiten, auch unterschiedlich, zwischen den Fraktionen mit Schwerpunkten und man rangelt, aber, ich glaube, das kann man uns schon hier zubilligen. Jedenfalls den meisten.

Ich will gern noch einmal etwas zu dem Streitpunkt G20 sagen und wie man dazu steht. Ich finde, zumindest wir GRÜNEN sehen durchaus auch, dass man das kritisch sehen kann, wenn die 20 Staaten da zusammenkommen können. So. Und das kann man natürlich auch bei anderen Staatenbündnissen, wenn die etwas beschließen oder nicht beschließen. Wir haben aber auch ein bisschen den Eindruck, dass gerade bei der Schwäche der UN es auch eine Chance sein kann, dass sich auch Staaten vielleicht noch einmal einen Anstoß geben, bei den wichtigen Themen voranzukommen. Das muss nicht gelingen bei diesem Gipfel. Ich will einmal ein Beispiel nennen, die UN hat ja das Abkommen von Paris mit auf den Weg gebracht und trotzdem hat sie es nicht geschafft, die Umsetzung in sehr konkrete Schritte festzulegen. Und deswegen ist es auch hinterher wichtig, dass die Staaten sich nicht nur innerhalb ihres Landes, aber auch mit anderen Staaten darüber unterhalten, wie setzen wir das denn jetzt um. So, das finden wir dann auch auf G20-Ebene völlig okay, wenn die das dann einmal machen, weil, daran haben wir auch ein Interesse, dass ein UN-Beschluss dann

einmal umgesetzt wird. Und wenn man jetzt sieht, dass Trump ausgestiegen ist oder aussteigen möchte für die USA, habe ich so ein bisschen den Eindruck gewonnen, dass es wichtiger denn je ist, dass die Staatschefs da vielleicht, auch wenn man diesen Rahmen von G20 nicht mag, aber es ist eine Chance, sich noch einmal darüber zu verständigen, wie man zu diesem UN-Abkommen dann steht. Und das ist auch für die Öffentlichkeit interessant, was dabei rauskommt. Selbst wenn nichts dabei rauskommt, ist das ein Signal, was ehrlicher ist, als wenn man es nicht erfährt.

Und beim Thema Afrika, ich glaube, auch das ist auf der Agenda und da haben wir ja momentan auch die Situation, dass die UN, die eigentlich entscheiden müsste und sollte, aber weil sie in vielen Bereichen das nicht so kann, was, glaube ich, Deutschland auch immer kritisiert hat, dass sie unterfinanziert ist von bestimmten Staaten, jetzt bei der anstehenden Hungerkrise, finde ich es auch richtig, dass sich auch außerhalb der UNO jetzt einmal Gedanken gemacht wird, wenn man sie schon nicht handeln lassen lässt, wie man trotzdem helfen kann in so einer extremen Situation. Ich weiß nicht, ob es da zu einem Erfolg kommt, aber ich würde mich sehr freuen. Das ist eine Chance, vielleicht einen Schritt weiterzukommen.

Insofern, ja, kritisch zu G20, zu deren Politik und zu den Ergebnissen, aber auch vielleicht in einer Situation, wo es momentan offenbar nicht einfach ist, weltweit die großen Probleme wirklich anzugehen, würde ich dafür plädieren, vielleicht ist es ja eine Chance, dass etwas dabei herauskommt, weil, so richtig habe ich die Alternative jetzt ganz aktuell von Ihnen auch nicht gehört. Also perspektivisch ja, UNO stärken, da sind wir auch, glaube ich, alle einig, jedenfalls die meisten, nur wenn es jetzt gerade eben nicht ist und die Probleme drängen, bin ich immer auch einer, der sagt, na ja, dann nutzen wir doch alle Möglichkeiten, alle Zusammenkünfte, um in dem Sinne etwas auf den Weg zu bringen. Ja, es sind nicht alle demokratisch gewählt, China, da brauchen wir hier nicht drüber reden, auch großer Handelspartner von Deutschland und Hamburg. Aber die Mehrheit ist schon demokratisch abgesichert bei den G20. Und ich habe es eher so wahrgenommen, dass man die anderen, die nicht so demokratisch aufgestellt sind, ein bisschen mehr in die Pflicht nimmt, in der Weltpolitik auch ihren Beitrag zu leisten. Ob es gelingt, keine Ahnung.

Ich verstehe auch, dass Sie kritisch sind zu den einzelnen Punkten, was die Politik der Bundesregierung angeht, das kann man auch, ohne Frage, aber die Alternative ist ja momentan nicht da. Wir haben diese gewählte Bundesregierung, die nächste wird im September gewählt, da kann man auch sein Kreuz machen, um eine andere Politik mehrheitsfähig zu machen. Jetzt müssen wir mit den Gewählten in diesem Land leben und auch hier in dieser Stadt. Und dann finde ich es erst einmal richtig, dass der Versuch unternommen wird zumindest, ein Stück weiterzukommen in den drängenden Problemen. Und ich finde, dass die alternativen Gipfel, die jetzt schon da waren, die haben es sehr deutlich gemacht, wie kritisch das gesehen wird, was bisher auch gemacht wurde. Deswegen, Kritik ist berechtigt, finde ich, was die G20-Politik betrifft, aber sie ist auch geäußert worden. In Hamburg ist das möglich gewesen. Das fand ich schon auch, das Forum zu haben, gut. Mich würde aber noch einmal interessieren, als Frage jetzt an Sie, wie würden Sie denn sonst wollen, dass die Sachen jetzt schnell, und man muss in manchen Problemen schnell handeln, dann gelöst werden können, wenn es jetzt nicht doch auch über die Verständigung mehrerer Staaten passieren kann.

Vorsitzende: Möchten Sie darauf eingehen?

Herr Günther: Ja, ich würde gerne erst einmal auf Herrn Duwe antworten. Und zwar würde ich, glaube ich, sagen, dass wir bezweifeln, dass man in Demokratien unbedingt einen G20-Gipfel besser durchführen kann als woanders. Denn es zeigt sich ja auch mit der Allgemeinverfügung der Polizei, dass es eben nicht einfach in einem demokratischen Rahmen funktioniert, einen solchen Gipfel durchzuführen. Dazu gibt es ja auch einmal ein Urteil, was schon etwas länger her ist, was damals gesagt hat, dass die Proteste zum Gipfel

in Hör- und Sichtweite stattfinden müssen, was hier in Hamburg schon einmal nicht mehr gewährt ist. Zusätzlich hat ja auch das Verwaltungsgericht vor einigen Tagen entschieden, dass man eigentlich mit dieser Allgemeinverfügung positiven, friedlichen Protest nicht untersagen darf und es dafür andere Mittel bräuchte, was ja eben zeigt, dass die Demokratie anscheinend ja hier gerade nicht so vorhanden ist, wie sie ja eigentlich postuliert wird.

(Abg. Dr. Andreas Dressel: Das Bundesverwaltungsgericht hat heute aber anders entschieden!)

Frau Sepehrnia: Ja, es gab außerdem die Frage in diesem Zusammenhang auch, was denn sozusagen die beste aller Welten, nein, das schönste Land der Erde sei. Sagen wir einmal so, mein Kriterium dafür ist, wenn es gelingt, dass soziale Rechte und politische Rechte im Einklang realisiert werden, dann finde ich das optimal. Wenn ich entscheiden müsste, frei zu reden und zu hungern oder etwas zu essen, würde ich wahrscheinlich sagen, das Essen ist die Voraussetzung für das Sprechen. Soll heißen, die sozialen Rechte sind mindestens genauso wichtig wie die politischen Rechte. Aber wir leben ja in einem bestimmten Land und ich lebe sehr gern in Hamburg, und zwar deshalb, weil ich davon ausgehe, dass wir eine sehr lebendige Demokratie haben, die eben genau in den Aktivitäten der Zivilgesellschaft, in den vielen jetzt auch von uns aufgerufenen Kampagnen, Streiks, Gewerkschaften, hochschulpolitischen Organisationen, organisierten Schülerinnen und Schülern und so weiter und so weiter zum Ausdruck kommt.

Es ist unfassbar bemerkenswert, wie diese Stadt darauf reagiert hat, mit welcher Qualifikation, ich meine auch, relativer Gelassenheit, Organisationsfreude und auch Kontinuität, dass es keine angemessene staatliche Möglichkeit gab, viele, viele Flüchtlinge hier aufzunehmen. Im Wesentlichen und zuallererst hat die Bevölkerung das organisiert und gemacht, was ja auch mittlerweile Staatsräte einem sagen. Das meine ich, das ist die ungeheuer große demokratische Qualität dieser Stadt. Und wir haben ein Grundgesetz und wir haben eine ziemlich gelungene Landesverfassung und wir haben daraus abgeleitete Institutionen und Organe der demokratischen Verwaltung. Das schätze ich alles sehr hoch. Die Frage ist, schätzen das alle sehr hoch. Das Wichtige ist nämlich, dass man diese Grundrechte wahrnimmt, dass man die Möglichkeit, Nein zu sagen – das sagte ich vorhin schon – zu Falschem und das Richtige zu unterstützen, wahrnimmt. Es geht immer darum, egal, ob man im Parlament ist, ob man in irgendwelchen Universitätsgremien sitzt, ob man auf der Straße aktiv ist, in der Gewerkschaft aktiv ist, am Arbeitsplatz unterwegs ist, was auch immer, es geht immer darum, auf welcher Seite man steht. Und hier geht es darum, ob man, ich nehme ein Beispiel, was Herr Dressel vorhin gebracht hat, meint, man könnte Abrüstung oder zivile Konfliktregulierungen oder die Minderung des Krieges zusammen mit der Industrie realisieren oder ob man wenigstens die Hauptseite darauf legt, dass zusammen mit der Bevölkerung zu realisieren. G20 absagen heißt, es können gedeihen alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen, Aktivitäten und es können im Übrigen dann auch die Parlamente wieder richtig gedeihen, weil es nämlich darum geht, dass man sich verbündet mit der Qualifikation, dem Engagement, der Arbeit der Leute auf der Straße, der Bewegung. Das wäre Ihre Entscheidung. Man kann sagen, G20 – nein, stattdessen machen wir – es ist eigentlich auch eine Antwort auf einen Teil der Fragen von Herrn Müller – das zusammen mit der Bevölkerung, mit der setzen wir das Richtige durch. Und das ist eigentlich, meine ich, auch Ihre Verantwortung.

Insofern halte ich auch nicht G20 hier für eine tolle Möglichkeit, einmal so zu sagen, was uns so auf dem Herzen liegt. Das tun wir die ganze Zeit. Und es ist auch deutlich, glaube ich, dass in dieser Stadt keine Ruhe einkehrt, sondern dass es immer wieder, immer wieder neue Initiativen gibt dafür, etwas wirklich zu verbessern. Und was ich bedauerlich finde, dass es diese Initiativen, sagen wir einmal, in einem großen Ungleichverhältnis viel stärker aus der nicht organisierten Bevölkerung oder der nicht parlamentarisch organisierten Bevölkerung, muss man präziser sagen, kommen als aus diesem Haus. Das könnte man beispielsweise

ändern und dafür ist dann eben auch das Beispiel der Rekommunalisierung der Krankenhäuser genannt gewesen.

Herr Müller hat noch einmal nachgefragt, was kann man tun und Afrika und Marshallplan gegen Hungerkrise und so. Ich möchte das noch einmal vertiefen auch nach den Diskussionen, die wir dazu jetzt in verschiedenen Zusammenhängen, wir hatten ja auch mehrere Gäste aus zum Beispiel dem Senegal da im Rahmen unserer Kampagne, was dazu diskutiert wurde. Also, ich denke, anstatt eines Marshallplans, anstatt eines Freihandels und so, wäre sehr, sehr hilfreich, wenn es die Möglichkeit für die afrikanischen Staaten gäbe, eine souveräne Währung zu haben. Denn bisher ist das ganze Währungssystem abhängig von den Europäern, und zwar insbesondere von Frankreich, aber eben insgesamt damit eben auch von Europa. Und das führt zu einer prinzipiellen Unsouveränität des politischen, des staatlichen Handelns dieser Länder. Aus diesem System der Währungsabhängigkeit auszusteigen und einen gerechten Handel zu betreiben, das ist etwas, was man schon relativ zügig politisch entscheiden kann.

Das Zweite, was ich dazu sagen möchte ist, dieser Plan, der da im Rahmen der Afrikakonferenz zur Vorbereitung von G20 gefasst wurde, bezieht sich auf Infrastrukturinvestitionen. Aber wo kann man denn Infrastrukturinvestitionen machen? Doch nicht da, wo die jetzt die von Ihnen aufgerufene Hungerkrise tobt. Das macht da auch keinen satt. Wenn die Leute über Generationen in eine Lage gebracht sind, wo die wesentlichen Lebensfragen, Alltagsfragen sich auf dem Niveau bewegen, ob man überhaupt etwas zu essen hat, ob man überhaupt einen Schluck Wasser hat oder was man sonst mit den allerallergewöhnlichsten Alltagsdingen eigentlich anfängt, ob es den nächsten Tag überhaupt gibt, dann ist keine Bildung vorhanden, dann ist in der Regel das körperliche Niveau so wenig entwickelt, dass, wenn man da eine tolle Fabrik hinstellt oder so etwas, die Leute damit nichts anfangen können. Weshalb auch die Konsequenz von Investitionen, die es zum Teil ja schon in bestimmten afrikanischen Ländern gibt, ja auch ist, dass meistens die Investoren ihre eigenen Beschäftigten aus den Ländern der Investoren oder aus noch einmal Drittländern dahin schicken, und die Bevölkerung vor Ort noch mehr verelendet und das Gefälle dann zwischen, sagen wir einmal, so ein bisschen entwickelten Regionen in den afrikanischen Ländern und den vollständig fallen gelassenen Regionen noch größer wird. Und das, meine ich, ist die auch erkennbare Konsequenz dieses so hochgelobten Marshallplans für Afrika, wenn er denn durchgesetzt würde. Und auch deshalb meine ich, ist diese Politik einfach vollständig, noch in der Konkretion, vollständig verfehlt. Man kann das sehen und man kann dann auch gleich Nein dazu sagen.

Und zu der Frage der Demokratie möchte ich noch einmal sagen, eines was, uns alle jedenfalls, mit am meisten aufbringt, ist dieses ewige Reden davon, dass das Gute doch ist, dass in Hamburg das dann auch gesagt werden darf. Ich meine, das ist eine Selbstverständlichkeit. Dafür haben Generationen von Leuten gekämpft, in deren Verständnis und Erbe wir uns auch sehen. Das ist nichts, wofür man dankbar sein muss oder so etwas, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit. Was keine Selbstverständlichkeit ist, sondern was eigentlich sich in gewisser Weise, hanseatisch gesagt, sich nicht so gehört oder nicht so anständig ist, ist, dass sich hier Leute ohne demokratische Legitimität versammeln können, die sich anmaßen, Weltpolitik zu betreiben, dafür den ganzen Betrieb dieser Stadt über den Haufen werfen, dafür öffentliche Mittel in riesigen Mengen ausgegeben werden. Das beispielsweise hat mit Demokratie gar nichts zu tun. Das ist einfach Anmaßung. Wenn es wirklich demokratisch sein sollte, dann müsste man sich mit Folgendem auseinandersetzen: Dann muss man sagen, wenn man erkennt – das habe ich am Anfang schon einmal gesagt –, dass eine Sache falsch ist, dann ist es eine demokratische Verantwortung, alles dafür zu unternehmen, dass das, was falsch ist, auch nicht geschieht und stattdessen, und zwar für Sie gilt in Zusammenarbeit mit der organisierten Bevölkerung, etwas Richtiges durchgesetzt wird. Von daher bin ich auch bis jetzt nicht überzeugt davon, dass die entscheidende Frage, die wir hier hätten klären müssen, ist, warum wir so spät kommen mit unserer Kampagne. Die entscheidende Frage ist, warum sagen nicht viel, viel

mehr Leute zu dem – und zwar auch hier in diesem Parlament –, von dem sie wissen, dass es falsch ist, von dem sie wissen, dass es ein Schaden für die Stadt ist, von dem sie wissen, dass diese Politik eine Schädigung der internationalen Beziehungen bedeutet, warum sagen nicht mehr Leute dazu Nein, sondern handeln wider besseres Wissen? Das meine ich, das wäre eine echte Demokratisierung, das zu ändern.

Vorsitzende: Frau Möller und dann Frau Schneider.

Abg. Antje Möller: Ja, ich habe kein Schild. Antje Möller, innenpolitische Sprecherin der GRÜNEN. Wir führen jetzt seit zwei Stunden mit dem Potenzial auch noch lange weiter zu diskutieren eine hochspannende, hochemotionale und, sagen wir einmal so, uns allen nicht neue Diskussion über Sinn und Unsinn des G20, über Ziele, die wir alle haben in sehr unterschiedlicher Zielrichtung, wie die Welt eigentlich aussehen soll. Ich will das nur zusammenfassen, deshalb mache ich das in diesem einen Satz. Das passiert schon seit vielen Monaten rundum dieses Thema, der G20 soll in Hamburg stattfinden. Das heißt diese Diskussion ist uns nicht neu, deshalb ist sie aber trotzdem noch unglaublich wichtig und muss auch weitergeführt werden.

Aber ich möchte einfach einmal auf den Anlass der Diskussion heute hier zurückkommen, weil wir müssen oder wollen darüber sprechen, ob wir die Volksinitiative, die Sie gestartet haben, als Bürgerschaft übernehmen. Und ich möchte einmal für uns GRÜNE begründen, warum wir dem Weg, den diese Volksinitiative vorschlägt, nicht folgen wollen. Warum wir glauben, dass dieses Instrument, was Sie gewählt haben, der falsche Weg ist, um die Ziele, die Sie beschrieben haben, zu erreichen. Denn Sie schüren – nicht schüren, das ist ein hässliches Wort, das meine ich nicht so –, Sie schaffen eine Erwartungshaltung, indem Sie sagen, mit Ihren drei Spiegelstrichen, mit meiner Unterschrift trete ich ein, Doppelpunkt – ich lese das hier nicht vor, das haben wir ja ausführlich besprochen – ... statt eines elitären G20-Gipfels. Dann fordern Sie die Hamburgische Bürgerschaft und den Senat auf, diese Alternative aufzugreifen, zu diskutieren und den G20-Gipfel in Hamburg abzusagen. Damit wecken Sie eine Erwartung, die niemand befriedigen kann. Das wird überhaupt nichts ändern. Das ist in anderer Form hier auch schon gesagt worden, aber ich finde, dass verlieren wir immer wieder aus dem Blick, nämlich das, was Sie mit Ihrer Initiative erreichen wollen. Herr Dressel hat das schon gesagt, wie sollen wir das eigentlich umsetzen, wenn wir dem zustimmen? Das meine ich gar nicht damit.

Ich finde, das Instrument der Volksinitiative – was ein wichtiges ist, Farid Müller hat das gesagt –, das greift hier völlig fehl. Das ist passend für Ja oder Nein Olympia oder Rückkauf der Netze. Das ist etwas, was man Ja oder Nein entscheiden konnte. Aber die Spiegelstriche, die Sie hier formuliert haben, das, was Sie an Änderung für die gesamtpolitische Welt wollen und was ich in großen Teilen unterstütze, jedenfalls auch in großen Teilen die Notwendigkeit dieser Änderung, das wird durch diese Initiative nicht erreicht werden können.

Deshalb ist es aus unserer Sicht notwendiger, an die kritischen Diskussionen rund um die Legitimität und rund um die Zusammensetzung des G20, rund um die Themen des G20, diese Diskussionen zu fördern, selbst mit zu bestreiten, zu unterstützen. Und das ist passiert hier in Hamburg. Es gibt durch die demokratischen Organisationen, wie Sie es genannt haben, Unterstützung für die Diskussion auf Kampnagel, für eine Vielzahl von Diskussionen, die in kleinerem und größerem Rahmen und in der Regel sehr kritisch in der Auseinandersetzung mit den Themen aber auch mit dem Prinzip G20 stattfinden. Und es gibt sehr wohl, das will ich auch noch einmal deutlich sagen, eine ausführliche Diskussion auch in den parlamentarischen Gremien zu diesem Thema. Das ist wichtig und notwendig.

Im Übrigen gibt es natürlich auch eine große Sorge. Es gibt nämlich die Sorge, dass das, was die Grundpfeiler unserer Demokratie hier sind, da reden wir ja zwischendurch auch immer wieder drüber, die Grundrechte, ob diese Abwägung zwischen der Notwendigkeit der

Gewährung von Sicherheit für den Ablauf dieser Konferenz und den Einschränkungen, die damit für das öffentliche Leben, für Einzelne, für die Freiheitsrechte verbunden sind, ob diese Abwägung immer genügend stattfindet. Das ist etwas, was wir im Parlament immer wieder diskutieren, was wir öffentlich diskutieren, was in kleineren und größeren Kreisen diskutiert wird. Das ist das, wo man sehr wachsam sein muss und worin ich auch unsere parlamentarische Aufgabe sehe. Deshalb bin ich sehr froh im Übrigen, dass wir die Dritte Gewalt hier haben, nämlich die Gerichte, die sich ebenfalls damit auseinandersetzen. Und die Entscheidung zu der Allgemeinverfügung, das wird ja weitergehen, da gibt es noch weitere Instanzen. Das, was die Bevölkerung, die nicht Teil des Parlaments ist, also alle anderen ...

(Zuruf)

– Ja, das sind ein paar mehr, das ist mir schon klar. Mir fiel der Begriff ... Ich konnte die Trennung in dieser Kürze nicht anders definieren, die sich artikuliert in Initiativen, NGOs, Sie wissen genau, was ich meine. Diese öffentliche Diskussion, das ist das eine. Damit erhöht man auch den politischen Druck, damit schafft man auch Öffentlichkeit, um genau das fatale, das fehlerhafte Verhalten, die fehlende Demokratie, despotisches Verhalten zu diskutieren und auch öffentlich zu machen. Mit dieser Initiative erwecken Sie ein wenig den Anschein, dass diese Volksinitiative dazu beitragen würde, und das sehen wir so nicht.

(Zuruf: Das ist so wie mit Ihrer Partei auch!)

– Ich habe das akustisch nicht verstanden.

Vorsitzende: Ich habe es akustisch auch nicht verstanden, aber das macht ja nichts. Frau Schneider hat jetzt das Wort.

Abg. Christiane Schneider: Ich wollte vorweg ein Argument, das immer wieder in der Debatte auftaucht, Herr Steinbiß, Sie haben das gesagt, die haben genau dieselbe Versammlungsfreiheit wie alle. Da sage ich nein, weil Artikel 8 sieht ausdrücklich friedlich und ohne Waffen vor. Und das kann man jetzt von diesen Leuten, die sich da versammeln, leider nicht sagen, die kommen nämlich alle mit bewaffneten Sicherheitskräften, und das ist ja eine der Gefährdungen, der man ausgesetzt ist. Und Herr Grote hat ausdrücklich gesagt, wenn da welche auf die Straße kommen, wo die Kolonnen fahren, dann gibt es ...

(Abg. Dr. Andreas Dressel: Die sind schon dazu da ...)

– Ja, aber friedlich und ohne Waffen. Dass ich jetzt nicht auf den Deutschen bestehe, wie es in Artikel 8 des Grundgesetzes steht, das ist ja klar.

Das andere Argument, Herr Trepoll, das Sie gebracht haben. Ja, das ist legitim zu fragen, wie die Kosten aufgebracht werden. Aber unser Antrag, dass die Bürgerschaft, dass der Senat eine Kosten-Nutzen-Analyse für den G20-Gipfel vorlegt, ist abgelehnt worden. Das finde ich, muss man ... Nein, bitte keinen Beifall. Das muss man wirklich in das Verhältnis setzen, da werden jetzt weit über 100 Millionen Euro ausgegeben. Das kann man jetzt schon sagen, allein für Hamburg plus die Kosten im Bund. Und es gibt keine klare Kostenschätzung, obwohl ich am Tag nach dieser Bürgerschaftssitzung in der "Zeit" habe lesen können in einem Interview von Herrn Scholz, dass er gesagt hat, wir haben selbstverständlich eine sehr realistische Kostenschätzung vorgenommen. Das Parlament oder die Öffentlichkeit hat sie nicht erfahren, das will ich nur einmal vorwegsagen.

Das einzig Gute an dem Gipfel ist meiner Meinung nach, dass eine Politisierung damit verbunden ist, und das sieht man ja jetzt auch an der Debatte. Da sind über 14 000 Unterschriften gesammelt worden, da sind viele Gespräche geführt worden, das ist ein Ausschnitt von sehr viel Protest, den es gibt. Es wird überall diskutiert, auch hier wird

jetzt diskutiert und das finde ich, ist das einzig Gute an dem G20-Gipfel, dass man sich mit Fragen, grundsätzlichen Fragen einer solidarischen, gerechten Weltordnung auseinandersetzt.

Wir teilen viele Argumente, ich würde nicht alle so jetzt formulieren, aber das muss ja auch nicht sein, wie Sie sie formuliert haben. Ich würde auch sagen, man muss manchmal das mit dem extralegalen Ausnahmezustand ... Also ich kritisiere diese Zone wirklich und ich kritisiere die Polizei für die Maßnahmen wirklich, aber man muss aufpassen, dass man es in der Kritik nicht überzieht, weil es tatsächlich nicht mehr richtig trifft. Wenn es einen extralegalen Ausnahmezustand gäbe, dann könnte kein Gericht dann mehr irgendwie sagen, nein, das geht so nicht, weil, das Gericht wäre außer Kraft gesetzt. Da muss man, finde ich ... Es kann immer schlimmer werden, deswegen soll man jetzt nicht, wenn wir noch lange nicht so weit sind, wir sind lange nicht beim extralegalen Ausnahmezustand, sondern wir haben in der großen Zone die Versammlungsfreiheit für zwei Tage außer Kraft gesetzt. Das finde ich schlimm genug, das muss man nicht aufbauschen, denn dann schwächt man die Kritik.

Wie gesagt, wir teilen das Anliegen, dass der Gipfel nicht hätte in Hamburg stattfinden sollen, wir teilen viele Argumente. Aber klar ist auch, dass das heute nur noch symbolische Bedeutung hat. Es ist gut, dass das jetzt diskutiert wird, wir werden das Anliegen auch unterstützen, wir werden sozusagen sagen, der Gipfel soll nicht in Hamburg stattfinden, aber voll in dem Bewusstsein, das ist nur noch symbolisch, der Gipfel wird hier stattfinden. Deswegen sage ich, der Protest wird hier auch stattfinden. – Danke.

Vorsitzende: Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Also ich weiß nicht, Frau Schneider, ob das als Argument ausreichend ist, wenn man einerseits sagt, wir wollen genau wissen, was die Kosten des Gipfels sind – was ich nachvollziehen kann –, sich dann aber als Argument darauf beruft, weil die die Kosten nicht nennen, machen wir das auch nicht. Ich würde das auch noch einmal in Ihre Richtung geben, ob Sie da nicht einmal auch in Ihren Kreisen drüber diskutieren sollten, ob Sie da nicht auch einmal mit einem guten Beispiel vorangehen und das uns einmal verraten, wie es sozusagen hinter den Kulissen bei Ihnen ausschaut. Aber das haben Sie ja schon abgelehnt, das will ich nicht wieder aufwärmen.

Ich finde, dass man zu Recht die Frage stellen kann, ob ein Gipfel in Hamburg, in unserer Stadt, stattfinden kann. Ich würde nicht den Spruch des Bürgermeisters unterstützen und teilen, der den G20-Gipfel mit der Ausrichtung des Hafengeburtstages verglichen hat. Ich finde, das ist nicht angemessen und das wird auch nicht das widerspiegeln, was es an Auswirkungen auf die Stadt haben wird. Gleichwohl würde ich mich auch einer Panikmache verwehren. Und das, was Sie geschildert haben ... Es ist tatsächlich ein innerer Kern der Stadt betroffen. Hamburg ist insgesamt natürlich auch größer, die Menschen werden es merken, dass dieser Gipfel in der Stadt stattfindet, aber ich finde, alle sollten sich an ihre Verantwortung erinnert fühlen, nicht unnötige Panikmache oder Gerüchte oder sonst etwas in die Welt zu setzen. Wir sind gut organisiert, die Sicherheitskräfte sind gut aufgestellt, von daher glaube ich, ist es richtig, dass man das macht.

Und Ihre Äußerungen ... Das ist ja kein Gipfel, den Hamburg hier veranstaltet, sondern es ist eine Veranstaltung der Bundesregierung im Rahmen der G20-Präsidentschaft. Der Bürgermeister hat hier den Auftrag, das Partnerprogramm im Rathaus auszurichten, aber die inhaltlichen Dinge, die werden von der Bundesregierung vollumfänglich wahrgenommen.

Deshalb glaube ich, muss man schon einmal darüber sprechen, die Dinge, die Sie angesprochen haben beim Völkerrecht. Ich finde, so einfach kann man sich das nicht machen. Das Völkerrecht hat überhaupt keine Probleme damit, dass es binationale oder multinationale Zusammenarbeit gibt. Selbstverständlich sind die G20 ein

Koordinierungsgremium für Nationalstaaten, das ist doch gar keine Frage. Ihnen damit aber insbesondere auch durch die Dinge, die Sie vertreten, die vielen Menschen, natürlich auch die wirtschaftliche Stärke, dass man ihnen dadurch das abspricht, halte ich für den falschen Weg. Man kann es ja auch positiv beleuchten. Viele Dinge, die im Rahmen von G20-Treffen angesprochen wurden, haben sich später auch in Beschlüssen der Vereinten Nationen wiedergefunden. Und die Thematik, die wir angesprochen haben, insbesondere auch die Probleme der Vereinten Nationen, dass wir eine Struktur haben mit dem Sicherheitsrat, der auf Dingen beruht, die bald 70, 80 Jahre her sind, mit Veto-Mächten und Ähnlichem, die sind ja auch nicht von der Hand zu leugnen. Also es sich so einfach zu machen und zu sagen, das könnte alles die UNO machen, das ist, glaube ich, nicht richtig.

Genauso Ihr Argument, da sitzen die großen Klimasünder zusammen. Ja, umso wichtiger ist doch, dass die den Kurs auch vorgeben und darüber diskutieren, wie können wir das erreichen, indem wir weniger CO₂ und andere Dinge ausstoßen? Das macht doch keinen Sinn, wenn wir dazu Länder verpflichten, die nicht in der Lage dazu sind und selbst auch noch den Anspruch haben, vielleicht auch wirtschaftlich zu wachsen und zu prosperieren. Am Ende steckt bei Ihnen, so höre ich es aus den Argumenten deutlich heraus, natürlich auch eine starke Globalisierungskritik dahinter. So habe ich Sie zumindest verstanden.

Ich finde, man muss das immer von beiden Seiten beleuchten. Wenn wir uns das angucken, wie sich die Welt entwickelt hat in den letzten Jahrzehnten, wie man Armut zurückgedrängt hat, wie man zum Beispiel Hunger in der Welt auch zurückgedrängt hat, wie man auch kriegerische Konflikte zurückgedrängt hat in den letzten hundert Jahren. Wenn Sie sich das anschauen, dann sind in den letzten Jahren Gott sei Dank so wenig Menschen wie noch nie in kriegerischen Auseinandersetzungen gestorben. Das hilft den Menschen, die davon betroffen sind, selbstverständlich nicht, Hunger leidenden Menschen in Ostafrika, wenn wir ihnen sagen, das ist schon alles auf einem guten Weg. Ich bin völlig der Meinung, dass es internationale Anstrengungen nach wie vor geben muss, um diese Dinge weiter positiv zu entwickeln. Trotzdem muss man sich das auch einmal vor Augen führen, dass die Welt tatsächlich in den letzten Jahrzehnten gerechter geworden ist, wenn Sie sich das anschauen ...

(Heiterkeit im Publikum)

– Doch das ist durchaus hilfreich –, wenn Sie sich die Zahlen angucken, Kindersterblichkeit, Kinderarmut, all diese Dinge. Da würde ja keiner auf die Idee kommen, es ist jetzt alles gut. Das sagt überhaupt keiner. Und dass es auch völlig konfliktfrei abgeht, was Ressourcenausbeutung, natürliche Ressourcen und all diese Dinge angeht. Aber genau darum drehen sich ja auch solche Konferenzen und Auseinandersetzungen, dass man sich darüber austauscht und miteinander spricht.

Und ich muss ehrlich sagen, ich habe da auch großes Vertrauen in die Bundeskanzlerin. Wenn Sie sich das anschauen, das ist für sie selbstverständlich keine leichte Aufgabe. Das ist eine Frau, die wie viele Millionen andere in einem sozialistischen Unrechtsstaat aufgewachsen ist, in einem Überwachungsstaat, die jetzt mit Leuten zusammensitzen muss, die das Völkerrecht beispielsweise brechen wie Präsident Putin aus Russland, der einen völkerrechtswidrigen Krieg in der Ostukraine führt. Das sind ja auch alles Dinge, die Sie sicherlich in Ihre Überlegungen mit einbezogen haben.

Am Ende interessiert mich eine Frage, weil ich in den Dingen, die ich von Ihnen gelesen habe, ...

Vorsitzende: Entschuldigen Sie, Herr Trepoll. Das mit den Bild- und Tonaufnahmen hatten wir, glaube ich, auch schon. Wenn ich Sie bitten dürfte, keine Fotos zu machen. Danke. Herr Trepoll, fahren Sie fort.

Abg. André Trepoll: Am Ende interessiert mich die Frage, was ja ein Grundkonsens in unserer Gesellschaft ist, nämlich die Gewaltfreiheit. Bei all den Problemen, auch den Alternativen, die Sie aufgezeigt haben, wie gehen Sie damit um, dass es zum Beispiel bei der Durchsetzung dieser Mittel nicht darum geht, Gewalt gegen Sachen oder gegen Personen oder gegen Institutionen auszuüben, und wie sehr setzen Sie sich dafür ein, dass darauf auch immer wieder deutlich hingewiesen wird?

Vorsitzende: Mögen Sie antworten, sonst gehen wir weiter in der Liste?

Frau Sepehrnia: Wir können auch noch sammeln.

Herr Brückmann: Das waren jetzt schon sehr viele.

(Abg. André Trepoll: Mir reicht die Frage nach der Gewaltfreiheit.)

Vorsitzende: Mögen Sie antworten oder nicht? Herr Brückmann.

Herr Brückmann: Ich wollte zunächst auf Frau Möller, glaube ich, eingehen, die von der Illusionskraft unserer Petition gesprochen hatte.

(Abg. Antje Möller: Das habe ich nicht gesagt!)

Herr Brückmann: Also dass diese aufgeführten Punkte damit quasi befördert würden, wenn der Gipfel abgesagt würde.

(Abg. Antje Möller: Erwartungshaltung!)

Herr Brückmann: Erwartungshaltung, genau. Da möchte ich zunächst einmal vorwegstellen, dass ein wesentliches Ziel unserer Kampagne bereits jetzt erreicht ist, dass wir eben mit Zigtausenden Menschen darüber gesprochen haben, dass wir nicht einfach diesen Gipfel quasi auf uns zurollen lassen, sondern dass wir uns darüber verständigen, dass wir ein großes Problem damit haben. Das Beispiel der Regionalisierung der Krankenhäuser war eben ein Wesentliches, das wir deutlich gemacht haben, dass zivilgesellschaftlich unheimlich viel dafür getan wird, dass wir in einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen, friedlichen Gesellschaft leben und dass das entsprechend jetzt auch mit durchgesetzt werden müsste, weil das eben schreiende Ungerechtigkeit ist und es wahnsinnige Möglichkeiten gibt, das zu erreichen. Und wir uns nicht auf diese Zuschauersessel verträsten lassen wollen, sondern gesellschaftlich gestalten wollen. Ich glaube, dass das schon einmal ein wesentliches Erfolgserlebnis ist, das unglaublich Spaß gemacht hat, mit eben sehr vielen Menschen diese Gespräche zu führen. Und aus so einer Alltagslethargie und häufig einer gewissen Verzagttheit und Frustration gegenüber dem, was da so passiert und was vielleicht die eigene Rolle ist, wir schon ungeheuer weiter gekommen sind und auch Zehntausende Broschüren verteilt haben und diese Gespräche geführt haben. Insofern glaube ich eigentlich eher, dass das keine Debatte ist, sondern die Illusion eher ist, davon auszugehen, dass dieser G20 irgendwann etwas zur Lösung beitragen würde. Das ist eigentlich auch relativ klar, dass sich da eher der Bock als Gärtner darstellen möchte. Das haben wir an verschiedenen Elementen schon ausgeführt. Wir würden ja auch nicht sagen, dass sich das reichste Prozent der Weltbevölkerung, was mittlerweile so viel Vermögen besitzt wie die restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung, dass die sich vielleicht einmal zusammensetzen und darüber diskutieren, wie man eine gerechte Wirtschaftsordnung irgendwie aufbaut.

Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass ist das Demokratieprinzip "one human, one vote" auch entsprechend auf so einer staatlichen Ebene eingesetzt werden muss, damit man wirklich von Demokratie und nicht von Oligarchie sprechen kann. Insofern glaube ich, haben wir sehr deutlich gemacht, wie das Politikprinzip von G20 und die konkrete Durchführung

eben dem entgegenstehen, was in der Bevölkerung schon unterwegs ist. Und dass es dann eben durchaus auch bedeutet, wenn wir für eine friedliche Entwicklung sein wollen, dass wir dann gegen dieses Politikprinzip von Waffenproduktion, Rüstungsproduktion, Militäretataufrüstung vorgehen wollen, dass wir das als Bevölkerung selbst machen, dass das hier in Hamburg auch sehr konkret ist. Und wir uns quasi nicht erzählen lassen wollen, dass die sogenannten Experten irgendwie Politik machen, sondern dass wir das selbst betreiben.

Zur Frage von Versammlungsfreiheit friedlich und ohne Waffen kann man auch noch einmal gut darauf hinweisen, was die sogenannten Personenschützer von Erdogan in Washington gemacht haben. Wenn man auf friedliche Demonstranten, die bereits auf dem Boden liegen, mit dem Fuß auf den Kopf eintritt, dann, glaube ich, ist das tatsächlich eine Abwägungsfrage. Da muss man die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, die die Versammlung angemeldet haben, vor eben genau diesen Leuten entsprechend schützen und kann das, glaube ich, nicht umdrehen.

Ansonsten wollte ich noch zu Herrn Trepoll sagen, dass völkerrechtlich das Ganze okay sei, da kann man sich jetzt natürlich streiten. Ich würde sagen, wenn ich mir Paragraph 1 Absatz 4 der UN-Charta angucke, wo drinsteht, dass die Vereinten Nationen sich zum Ziel setzen, Zitat "ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden", dann kann man schon erkennen, dass die G20 eben eine explizite Gegengründung dazu sind, die sich mittlerweile selbst ja als wichtigstes multilaterales Gremium verstehen. Und ich befinde mich da auch in guter Gesellschaft mit Jonas Gahr Støre, ehemaligem Außenminister von Norwegen, der 2010 im "Spiegel" angesichts des G20-Gipfels von Toronto gesagt hat, dass die Gruppe der Zwanzig, was die internationale Kooperation angeht, eine der größten Rückschritte seit dem Zweiten Weltkrieg ist. Ich denke insofern hat das mit völkerrechtlicher Legitimität oder Legalität nichts zu tun.

Es würde sehr dazu beitragen, diese informelle Club-Governance zu beenden. Damit können wir in Hamburg anfangen, dann ist vielleicht nicht unmittelbar sofort der große Knall da, dass wir die gerechte Weltordnung haben. Aber was wir bei NOlympia ja gesehen haben, ist, dass so eine Absage dieser Spiele dann durchaus noch einmal weitere zivilgesellschaftliche Initiativen neu ermutigt dafür einzutreten, sodass wir mittlerweile bei Olympia 2024 bei einem Punkt angekommen sind, wo nur noch Paris und Los Angeles übriggeblieben sind, und der IOC sich jetzt entschieden hat, dass man einfach eine Doppelvergabe macht, um sich da quasi nicht weiter in Bedrängnis bringen zu lassen. Das heißt, dass das ein durchaus guter Startpunkt sein kann für mehr.

Vorsitzende: Vielen Dank.

(Abg. André Trepoll: Die Frage nach der Gewaltfreiheit?)

Herr Trepoll erinnert noch einmal an die Frage nach der Gewaltfreiheit des Protests. Frau Sepehrnia.

Frau Sepehrnia: Ja. Sagen wir einmal so, in dem, was wir dargestellt haben, haben wir möglicherweise verdeutlichen können, dass unsere Kritik doch wesentlich darin besteht, dass diejenigen, die hier sich versammeln, nicht nur nicht gewaltfrei sind, sondern die Gewalt auf der Welt, sowohl die unmittelbare physische Gewalt wie auch die strukturelle, sagen wir einmal soziale und kulturelle Gewalt, massiv verschärfen. Sie tragen diese Gewalt auch an ihren Sohlen mit in diese Stadt, davon gehe ich aus. Die Leute, die diese Kampagne "Demokratisch wirken für Frieden und Gerechtigkeit – G20 stoppen" realisieren, kommen aus der Friedensbewegung, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und aus den ASten dieser Stadt, also den studentischen Vertretungen dieser Stadt. Man kann an dieser Zusammensetzung erkennen, dass wir nichts für wirksamer halten als die Kraft der Vernunft

und des Argumentes und dass wir uns dessen bedienen. Das ist unsere Position zu dieser Frage.

Ich kann dazu noch ergänzend sagen, was jetzt weniger genau die Kampagne, aber den AStA und die Universität insgesamt betrifft. Die Universität und die verfasste Studierendenschaft sind sich einig darüber, dass die Universität auch und gerade während der G20-Tage – sollten Sie sich nicht entschließen, diesen Gipfel abzusagen – ein Ort der Aufklärung und der Verständigung sein wird. Und dass es deshalb dort vor allem sehr, sehr viele Veranstaltungen geben wird, in denen die Fragestellung, wie die globalen multiplen Krisen zu lösen sind und wie wir uns dazu gegenseitig ermächtigen, diskutiert werden. Das ist auch damit verbunden, dass wir eine gemeinsame Auffassung dazu haben, dass Sicherheitskräfte, Uniformträger und andere Gewalttäter auf dem Campus der Universität Hamburg nichts zu suchen haben.

(Abg. Dr. Andreas Dressel: Wie war das jetzt eben zu verstehen, diese Aussage zu Uniformträgern und anderen Gewalttätern?)

– Leute, die Gewalt ausüben und bei denen das zum Teil zum Beruf gehört. Das ist nicht eine Anklage, das ist auch kein moralischer Vorwurf, sondern es ist Teil des Berufsbildes eines Polizisten beispielsweise, dass er in bestimmten Situationen Gewalt ausüben muss. Und wir ...

(Abg. Dirk Nockemann: Zulässige hoheitliche Gewalt.)

– Ja, kann ja sein.

Vorsitzende: Liebe Kollegen, lassen Sie ...

Frau Sepehrnia: Herr Nockemann, ich verstehe das durchaus, aber ich sagte nur, die Auffassung ist, es findet keine Gewalt auf diesem Feld statt. Und deshalb kommen Leute, die Gewalt ausüben wollen, auch nicht dahin. Dazu gehört auch die Polizei. Wenn sie Gewalt ausüben will, kommt sie da nicht hin.

Herr Trepoll, Sie haben meiner Meinung nach eine falsche Auffassung ...

Vorsitzende: Frau Sepehrnia, es wird dazu sicherlich gleich Nachfragen geben. Vielleicht können Sie das gleich an dieser Stelle noch einmal präzisieren, wie Sie das umsetzen wollen, wie sich das dann sozusagen szenisch darstellen soll?

Frau Sepehrnia: Mit den Mitteln des Hausrechts.

(Abg. Dr. Andreas Dressel: Das hat dann nicht die Polizei, sondern Sie, oder was?)

– In der Universität hat die Universitätsleitung das.

(Abg. Dr. Andreas Dressel: Das ist ja kein rechtsfreier Raum!)

– Richtig, genau, deshalb gilt ja auch das Hausrecht.

(Beifall)

Vorsitzende: Okay, dann fahren Sie erst einmal fort.

(Abg. Dr. Andreas Dressel: Sie werden schon sehen, wer da das Hausrecht hat!)

– Herr Dr. Dressel, Frau Sepehrnia hat das Wort.

Frau Sepehrnia: Herr Trepoll hat meiner Meinung nach eine nicht richtige Aussage getroffen, die ich aus meiner Sicht gern korrigieren möchte, nämlich dass die Welt gerechter geworden wäre. Beispielsweise die Finanz- und Wirtschaftskraft der 562 reichsten Personen der Welt ist zwischen 2010 und 2015 um 41 Prozent angewachsen, während die der 3 Milliarden ärmsten Menschen um 44 Prozent abgenommen hat – innerhalb von fünf Jahren. Das ist eine ungeheure Beschleunigung der sozialen Polarisierung auf dieser Welt, ein ungeheures Wachstum an nur einer einzigen Sache – Ungerechtigkeit, schreiender Ungerechtigkeit. Das ist diese Welt von heute.

Mir ist bei den Anmerkungen von Herrn Trepoll auch noch eingefallen, dass ich auf eine Frage von Herrn Müller nicht richtig geantwortet habe, nämlich ob es nicht doch sinnvoll wäre, dass angesichts der Schwäche der UNO bestimmte Fragen des Völkerrechts und der gemeinsamen Maßstäbe – nehmen wir, weiß ich nicht, die Agenda 2030 oder so – so etwas zu verwirklichen wäre. So habe ich das jedenfalls verstanden, dass die sich darüber verständigen sollten, damit man diesen Zielen näherkommt. Ich möchte dazu sagen, ich meine, dass es schon in der Grundstruktur ein Problem gibt, was man dabei berücksichtigen muss, warum das nicht der Fall sein kann. Der Anteil der Länder, die schon die Menschenrechtscharta mit Füßen treten, die nicht den UN-Sozialpakt oder den UN-Pakt für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte ratifiziert haben und die nicht das Klimaabkommen begrüßen, ist innerhalb der G20 wesentlich höher, als innerhalb der Vereinten Nationen. Wenn sich also diejenigen konzentrieren – der Anteil dieser Länder ist in dem einen Zusammenhang größer als in dem anderen – und konzentriert verabreden und das dann auch noch mit einer gewissen ökonomischen Power machen, dann machen sie es ja dafür, dass sie diese Politik weiter treiben können. Reguliert werden sie in dem Moment, wo andere Auffassungen stärker vertreten sind. Deshalb meine ich, dass die G20 das System der UNO schwächen, weil nämlich solange, das war das, was Herr Brückmann auch schon aufgegriffen hatte von Herrn Neckel, solange diese Privilegierten unter sich sind im Wesentlichen, kommt keine Veränderung zustande. Erst, wenn andere mit am Tisch sitzen, die die Folgen, die langfristigen und kurzfristigen Folgen dieser Politik aufzeigen und ihre eigenen berechtigten Ansprüche nachdrücklich formulieren, erst wenn die mit am Tisch sitzen, ändert sich auch diese weltpolitische Orientierung. Und deshalb ist das Prinzip der G20 eine Schwächung der Vereinten Nationen und nicht ein Ausgleich für die Schwäche der Vereinten Nationen.

Vorsitzende: So, ich würde sagen, ich rufe jetzt einmal die nächsten Redner auf und wir fassen das zusammen und dann haben Sie im Anschluss noch einmal Gelegenheit, darauf einzugehen. Das wäre zunächst Professor Kruse, dann Herr Gladiator, Herr Dolzer, Herr Nockemann. Und dann kommen wir vielleicht ins Verfahren. Herr Professor Kruse.

Abg. Dr. Jörn Kruse: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin. Wir diskutieren ja jetzt hier seit zwei Stunden über eine Volkspetition und das ist gut so. Aber ich hätte mir gewünscht, wenn die Petenten ein bisschen konkreter zielorientiert argumentiert hätten, und will versuchen das ein bisschen zu erläutern. Also die Forderung Ihres Petitums in den drei Spiegelstrichen, die sind in Ordnung. Die könnte ich auch unterschreiben, jedenfalls solange ich nicht anfangen etwas konkreter in Alternativen zu denken. Aber als Prinzip würde ich sagen, kann sie wahrscheinlich jeder unterschreiben. Auch Ihre Vorträge waren sympathisch. Ich glaube, jeder hier im Raum würde Ihnen attestieren, Sie haben die besten Absichten damit, sowohl mit der Volkspetition selbst als auch mit Ihrer Argumentation hier. Ich glaube, niemand hier im Raum würde Ihnen das bestreiten wollen. Aber es ist eben auch sehr viel „wünsch dir etwas“ dabei. Und wenn ich mir überlege, ob ich da zustimmen kann, dann würde ich sagen, wenn ich einmal das Pathos abziehe, was da hoffentlich dabei war, würde ich auch das häufig bejahen können. Also in der Zielrichtung bin ich gar nicht furchtbar weit von Ihnen entfernt. Aber man muss eben sehen, es ist überwiegend der hohe Ton der Moral, die keine reale Verantwortung übernehmen muss. Dieser Ton klingt gut, ist aber völlig politikfern.

Politik heißt, zu versuchen die Ziele, die man hat, unter den gegebenen Bedingungen der Realität, bestmöglich zu erreichen. Und das ist eine Frage der Akteure und ihrer Macht und Handlungsmöglichkeiten. Und deshalb ist G20 genau die richtige Organisationsform, denn da haben wir nämlich die Mächtigen der Welt gewissermaßen zusammen. Wenn die etwas beschließen und sich darüber verständigen, dann hat es auch große Chancen, umgesetzt zu werden.

(Zuruf: Ja.)

Das ist der entscheidende Unterschied. Und ich unterstütze hier ausdrücklich Herrn Dressel, als er Sie vorhin gefragt hat, was würde denn besser werden, wenn der Gipfel nicht stattfindet. Und jedes einzelne Detailziel, was Sie genannt haben von den ganz Vielen, die alle sehr schön waren, ist mit G20 besser zu erfüllen und hat mit G20 eine höhere Chance der Realisierung als ohne.

Ich glaube, Ihr Verweis auf die UN ist einfach naiv, und zwar aus einer Input- und aus einer Outputgröße. Die Inputbedingung ist, wir können uns überlegen, wer ist denn in der UN so versammelt. Darüber sind hier schon einige Worte verloren worden, das will ich nicht erläutern, viele Diktatoren, Antisemiten in der Mehrheit und so weiter. Ich will mich mehr auf die Outputgröße beziehen, nämlich was hat die UN denn bisher bewirkt? Und die Wirkung der UN ist ziemlich mäßig. Insbesondere dann, wenn man berücksichtigt, dass das Meiste, was überhaupt rausgekommen ist, nur durch die Staaten realisiert worden ist, die die mächtigen, reichen Staaten sind. Also genau diejenigen UN-Mitglieder, die auch Mitglieder der G20 sind. Also, wenn ich mir vorstelle, wir würden das, was hier jetzt diskutiert wird auf dem G20-Gipfel in Hamburg, in der UN diskutieren, und wir würden eine Woche oder zwei oder drei Wochen darüber diskutieren, dann kann es sein, dass wir am Ende einen schönen Text kriegen, der gut klingt, alle könnten vielleicht unterschreiben, aber am Ende würde nichts passieren, weil die nämlich nicht die Durchsetzungsmacht haben. Und das ist eine Folge der Tatsache, dass wir keine Weltregierung haben und keine Weltpolizei, sondern das Prinzip der territorialen Souveränität der Staaten gilt. Das heißt also, die Staaten müssen sich einigen auf etwas. Und deshalb kommt es darauf an, dass diejenigen sich auf etwas verständigen, die auch wirklich Macht haben. Und deshalb will ich jetzt am Ende meines kurzen Beitrages noch einmal ausdrücklich auf Herrn Dressel Bezug nehmen und meinerseits seine Frage zu meiner an Sie machen: Was würde sich im Sinne Ihrer Ziele verbessern, wenn G20 abgesagt würde? Das haben Sie mir bisher nicht erläutert, aber ich hoffe, Sie können das jetzt tun. Danke schön.

Vorsitzende: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Vielen Dank. Ich möchte als Allererstes aufgreifen, was sie zum Schluss gesagt hatten, da haben Sie Polizisten als eine Gruppe beschrieben, die berufsmäßig bedingt Gewalt anwenden will.

(Frau Sepehrnia: Nein, nicht will!)

– Doch, Sie haben das Wort gesagt, ich habe genau zugehört. Zum Glück haben wir ein Wortprotokoll, aber Sie können es ja auch gleich korrigieren. Da würde ich Ihnen nur entgegenhalten, keiner dieser Polizisten unserer Stadt will Gewalt anwenden. Wir erleben, dass sie bewusst zum Ziel von gewalttätigen Angriffen werden, dass es erklärtes Ziel der linksextremen Szene sind, Polizisten anzugreifen. Und ihr schwieriger Auftrag ist, Sie, uns und alle Menschen unserer Stadt zu schützen. Das übrigens auch auf dem Gelände der Uni, wenn es dort erforderlich wird. Und dann würde mich, Frage 1, interessieren, wie Sie denn tatsächlich Polizisten daran hindern wollen, wenn sie auch rechtmäßig ein Zutrittsrecht haben. Sie haben ja gesagt, egal wie, Sie würden auch diese Berufsgruppe daran hindern wollen mit dem Hausrecht. Was machen Sie, wenn die Polizei ein Zutrittsrecht hat? Wie wollen Sie das dann umsetzen? Das würde mich sehr interessieren.

Dann haben Sie vorhin darüber gesprochen, mit den Auswirkungen auf die Stadt, dass sich Erzieher schwertun, Kindern zu erklären, was jetzt die Hubschrauber und Polizisten in unserer Stadt zu tun haben. Nur eine Anmerkung, vielleicht ist es sinnvoll, denjenigen zu erklären, dass Polizisten uns vor denjenigen schützen, die hier Straftaten begehen, die kriminell sind und deshalb in der Stadt sind, zu unserem aller Schutz. Übrigens auch, wenn sich Personenschützer von Herrn Erdogan strafrechtlich verhalten, auch davor schützt die Polizei. Das hat die Polizei auch sehr deutlich gemacht. Auch das kann man ja vielleicht Kindern erklären, dass das diejenige Berufsgruppe ist, die unsere Grundrechte garantiert und uns vor rechtswidrigen Angriffen verteidigt. Das fände ich einfach noch einmal sinnvoll, weil das in manchen Beiträgen ja anders klang.

Dann würde ich, was die Beeinträchtigungen in der Stadt betrifft, einfach einmal daran erinnern, wir müssen Ursache und Wirkung vielleicht einmal sauber auseinanderhalten. Wenn wir uns den reinen Gipfel anschauen, ja, der wird Beeinträchtigungen mit sich bringen, vor allem im verkehrlichen Bereich. Die ganze Allgemeinverfügung, und wer sie gelesen hat, wird das auch nachvollziehen, und die Sicherheitsmaßnahmen wären in diesem Maß hier nicht erforderlich, wenn sich alle diejenigen, die in Hamburg sind oder nach Hamburg kommen, an unsere Rechtsrahmen und die Gesetze halten, also friedlich zu protestieren. Denn von friedlichen Demonstrationen geht keine Gefahr aus. Da muss man keine großen Schutzmaßnahmen treffen, die inhaltliche Auseinandersetzung zu pflegen, denn ich finde das richtig, sich auch mit den Zielen und Inhalten auseinanderzusetzen. Übrigens wird genau diese inhaltliche Auseinandersetzung unterdrückt, wenn es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt, weil dafür dann kaum noch Platz ist. Insofern muss man auch in der Frage, welche Beeinträchtigungen hat dieser Gipfel auf die Stadt auch einmal schauen, was geht vom Gipfel aus, denn auch wenn Sie davon sprechen, dass von denen Gewalt ausgeht, ich habe keinen Gipfel dieser Teilnehmer erlebt, wo die untereinander Gewalt angewandt haben.

(Zuruf: Oh, das ist zynisch!)

Wir erwarten aber 10 000 Linksextremisten, die hier klar erklärt haben, Gewalt anzuwenden. Und deshalb sind diese Schutzmaßnahmen erforderlich. Das muss man, glaube ich, auch noch einmal so deutlich sagen.

(Vereinzelt Heiterkeit im Publikum)

– Schön, dass einige von Ihnen das lustig finden. Das finde ich eher traurig. Dann kommen wir zu dem Punkt, wo ich die zweite Frage habe, wo ich das Experiment einmal versuchen möchte, mich auf Ihre Logik einzulassen. Sie haben gesagt, der Gipfel kostet wahnsinnig viel Geld und das Geld sollte man sinnvoller ausgeben. Ich fasse das einmal so zusammen, wie ich es verstanden habe. Jetzt ist bisher ja, 14 Tage vor dem Gipfel, schon wahnsinnig viel Geld ausgegeben worden für, das ist jetzt wiederum meine Wertung, ein Treffen von Staats- und Regierungschefs, die sich miteinander austauschen, im Gespräch sind, auch durchaus über die schwierigen Fragen der Menschenrechte und dessen, was Sie ja zurecht in Teilen kritisiert haben, worüber ja auch gesprochen wird. Wenn Sie jetzt 14 Tage vorher – einmal vorausgesetzt wir könnten diesen Gipfel absagen, ich glaube, Sie wissen genauso gut wie wir, dass das weder der Senat noch die Bürgerschaft kann, aber das sei einmal dahingestellt, wir machen dieses Gedankenspiel einmal mit – den Gipfel absagen, dann wäre wahnsinnig viel Geld ausgegeben worden für nichts. Wie rechtfertigen Sie in Ihrer Logik, dass das Geld sinnvoller ausgegeben werden soll, dass es besser ist, jetzt 14 Tage vorher etliche Millionen Euro verschwendet zu haben, weil gar nichts stattfindet. Warum ist das besser, als das Geld auszugeben dafür, dass sich gewählte Staats- und Regierungschefs miteinander treffen, und versuchen Probleme zu lösen? Ob sie es schaffen oder nicht, das sei einmal dahingestellt. Aber Sie müssen ja die Frage beantworten, warum Geld für nichts auszugeben besser ist, als für so einen Gipfel. Ansonsten hätten Sie

tatsächlich vor eineinhalb Jahren anfangen müssen mit Ihrer Volkspetition, dann hätte man das früher diskutieren können. Insofern würde mich das wahnsinnig interessieren.

Und weil Sie mehrfach gesagt haben, warum auch in diesem Raum nicht mehr Leute, obwohl sie es für falsch finden, dass diejenigen sich treffen, dagegen sind. Ich bin froh, dass Sie nicht objektiv festlegen, was falsch und was richtig ist. Und ich finde auch nach der Definition, man soll ja nicht erwarten, dass die Reichsten dieser Welt sich jetzt treffen, um soziale Gerechtigkeitsfragen zu diskutieren, das Schöne ist, sie dürften es. Das ist das Schöne an unserer Demokratie, an unserem freien Staat, sie dürften es. Und genauso dürfen sich auch Staats- und Regierungschefs treffen, und ich bin da stolz drauf, dass es in diesem Land anders als in anderen Staaten a) möglich ist, dass sie sich treffen, dass dagegen Protest und Kritik möglich sind. Glauben Sie doch nicht, wenn wir den Gipfel in der Türkei hätten, dass eine solche Veranstaltung hier überhaupt heute stattgefunden hätte, wo wir uns auseinandersetzen mit der Kritik, die auch ernst nehmen. Insofern ist es doch wahnsinnig gut, dass es in einer Demokratie stattfindet. Und darum finde ich dieses Argument, die haben keine Legitimation, die dürfen sich nicht treffen, die ist wirklich hanebüchen.

(Herr Brückmann: Beenden Sie doch die Kooperation mit der türkischen Regierung!)

Vorsitzende: Da waren zwei Fragen dabei. Jetzt nehmen wir noch Herrn Dolzer und Herrn Nockemann dazu. Herr Dolzer.

Abg. Martin Dolzer: Vielen Dank. Also einmal, die immer wieder bemühte Zeitfrage. Wir hatten im Winter letzten Jahres, ich glaube es war Ende September, Anfang Oktober, hatten wir einen Antrag in der Bürgerschaft, wo es genau möglich gewesen wäre, sich auch dafür zu entscheiden den Gipfel abzusagen, und die UN zu stärken. Also die Zeitfrage hier immer wieder zu bemühen, finde ich, randwertig.

Dann noch einmal auf Sie, Herr Gladiator, natürlich wusste man im Vorhinein, wenn man den Gipfel in eine Stadt holt, dass das nicht einfach wird. Man hat Erfahrungen gemacht in Genua, gerade in einer europäischen Stadt, die vielleicht in etwa vergleichbar ist, und da ist es wirklich zu massiven Ausschreitungen gekommen, und zwar von beiden Seiten, vonseiten der Demonstranten, aber auch vonseiten der Polizei. Da ist ein Demonstrant, Herr Giuliani ist da erschossen worden. Und es stellte sich im Nachhinein noch heraus, dass es eine von Faschisten durchdrungene Einheit der Polizei war, die extra eingesetzt worden ist, in Genua. So etwas haben wir hier in Hamburg glücklicherweise nicht, sondern die meisten oder alle Polizisten sagen eigentlich, also alle Polizisten, mit denen ich sprechen konnte, haben gesagt, sie hätten diesen Gipfel gern nicht in Hamburg gehabt, weil sie Angst davor haben, weil in so einer Großstadt immer etwas passieren kann. Das ist nicht der richtige Ort dafür. Und ich finde, diese Kritik kommt aus dem Polizeiapparat und dieser Kritik müssen wir uns als Bürgerschaft auch stellen und nicht einfach einseitig sagen, wir wünschen uns das und diese Kritik wird dann beiseite gewischt. Also das finde ich, ist nicht der richtige Weg dafür.

Herr Kruse, der mäßige Output der UN, da möchte ich Ihnen auch noch einmal vehement widersprechen. Die UN hat das Völkerrecht auf den Weg gebracht. Sie hat Kriegsrecht auf den Weg gebracht. Sie hat unendlich viele Hilfsprogramme. Sie hat für Frauenrechte intensive Arbeitsgruppen zur Genitalverstümmelung. Sie hat Menschenrechtsarbeitsgruppen. Also, die UN hat einen sehr hohen Output. Sie ist natürlich reformbedürftig, weil einiges wirklich nicht gut demokratisch organisiert ist, aber gerade in der UN sind alle Länder vertreten. Und nur dadurch, dass alle zu Wort kommen, kann etwas auf den Weg gebracht werden, was auch für alle verbindlich ist. Und ich finde, da sollten wir die UN nicht runterreden, sondern wir sollten sehen, was die UN für eine Bedeutung hat, insbesondere die Charta der UN, die aus den Erfahrungen des 2. Weltkrieges auch entstanden ist und bis heute als oberstes völkerrechtliches Dokument und Vertragswerk auch wirklich vieles auf der

Welt gut regelt. Ich finde, das dürfen wir nicht runterreden, denn dann würden wir das, was die Staatengemeinschaft geschafft hat, auch nicht würdigen.

Und da, leider ist Herr Trepoll jetzt nicht mehr da, aber er hat auch gesagt, einige Länder wären ja gar nicht in der Lage irgendetwas zu beschließen oder umzusetzen, was die G20 können. Ich finde, das ist der falsche Ansatz. Auch gerade die Länder, die vielleicht nicht privilegiert sind, müssen in Verhandlungen beteiligt werden, müssen die Möglichkeit haben, auch ihre Probleme so darzustellen, dass sie auch gewürdigt werden. Und auch, dass Herr Trepoll gesagt hat, die Kriege wären in den letzten Jahren zurückgedrängt worden. Nein, Libyen ist zerstört worden. Da gab es mehr als 100 000 Tote. Syrien wissen wir. Mali, Nigeria, Ukraine, wenn wir die Menschen dort fragen, die Kriege sind nicht wirklich zurückgedrängt worden. Ich finde, das ist eine sehr schräge Argumentation. Und ich bin sehr glücklich, dass Frau Merkel in ihrer Bewertung der Ukraine Krise auch weiter ist, als Herr Trepoll und zum Beispiel auch wahrnimmt, dass da faschistische Bataillone mitkämpfen und dass das keine einseitige kriegerische Auseinandersetzung ist, die Russland zu verantworten hat, sondern es da unterschiedliche Akteure gibt, wo in Minsk II auch zum Ausdruck kommt, dass es diese unterschiedlichen Akteure gibt und Deutschland da eine Rolle spielt, zumindest bedingt für den Frieden zu wirken. Dass das nicht so einseitig ist, das finde ich richtig und wichtig, das hier auch noch einmal klarzustellen. Danke.

Vorsitzende: Herr Nockemann und dann noch Herr Müller. Ach so. Kommt er wieder?

(Abg. Prof. Dr. Jörn Kruse: Ich glaube nicht, nein.)

Herr Müller.

Abg. Farid Müller: Ich wollte kurz nur erwidern, ich wollte das nicht so stehen lassen. Ich hatte ja vorhin ausgeführt, ich glaube, dass die G20 zumindest die Chance haben, das ein oder andere, was jetzt zum Beispiel beim Klimagipfel durch die UN ja auf den Weg gebracht wurde, vielleicht in der Umsetzung hinzukriegen. Und da hatten Sie jetzt darauf geantwortet, die Mehrheit hätte da ja gar nicht unterschrieben. Das ist so nicht. Die beiden Länder, die nicht unterschrieben haben, waren Nicaragua und Syrien. Und die USA haben jetzt angekündigt, dass sie ihre Unterschrift zurückziehen wollen. Insofern bitte ich, das zumindest noch einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass das beim Klimagipfel tatsächlich nicht so ist. Und ich finde, alle Bemühungen, dass das jetzt nicht weiter bröckelt, nachdem die USA ausgestiegen sind, weil diverse Länder es noch nicht ratifiziert haben, finde ich aller Mühe wert. Und egal, wie man sonst zu der Politik der einzelnen G20-Staaten steht, dass das hoffentlich ein Thema sein wird und nicht ausgespart wird im Kommuniqué, glaube ich, muss in unser aller Interesse sein.

Und ansonsten kann man unterschiedlicher Meinung sein, wie Sie sagten, ob auch G20 hinderlich ist für die UN oder nicht. Wir GRÜNEN sind der Auffassung, dass jetzt die Chance besteht, dass diese 20 Länder, wenn sie zusammenkommen, den einen oder anderen Bereich voranbringen können. Die Chance, mehr nicht. Und wir sehen aber auch langfristig, dass wir die G20 natürlich an die UN stärker anbinden wollen. Das sehen wir schon. Aber zum jetzigen Zeitpunkt, unabhängig davon, wo nun dieser Gipfel stattfindet, finden wir es richtig, dass sich diese Länder mit den Themen, die gerade anstehen, beschäftigen.

Vorsitzende: Dann habe ich jetzt nur noch kurz Herrn Steinbiß und dann hätten Sie Gelegenheit noch einmal zu erwidern.

Abg. Olaf Steinbiß: Ja, vielen Dank. Also, ich würde auch schon einmal zusammenfassen. Wir haben eine Menge ideologische Pamphlete jetzt hier gehört. Leider wurde doch nicht auf alle Fragen so richtig geantwortet. Herr Trepoll ist jetzt schon los, aber ich finde, das ist eigentlich eine einfache Frage gewesen, die hätte man noch einmal konkret beantworten können und nicht nur den Verweis auf das Internet geben.

Dann zu Golnar. Elitär, also eine Veranstaltung, wo die Repräsentanten zwei Drittel der Weltbevölkerung präsentieren und Dreiviertel des Welthandels, sehe ich es schwierig, da von elitär zu reden. Natürlich sind nicht alle da, aber wir haben ja auch schon darauf hingewiesen, 35 Vertreter von internationalen Organisationen sind auch mit dabei, also elitär ist das wohl nicht mehr. Aber das sind alles Fragen der Wertung, das kann jeder natürlich anders sehen. Und Christiane Schneider sieht das ja wohl auch so, wenn ich es richtig verstanden habe, dass die Versammlungsfreiheit nicht mehr gilt, wenn man Personenschützer dabei hat. Das sehe ich anders. Aber genau, das sind eben so Punkte, da dürfen wir auch unterschiedlicher Meinung sein. Ich glaube, das haben wir jetzt die einzelnen Positionen ganz gut festgestellt. Und ich finde, für mich hat dieser Nachmittag auf jeden Fall jetzt eine Menge gebracht, ich konnte mir meine Meinung bilden. Danke.

Vorsitzende: Okay. Dann haben wir jetzt erst einmal keine weiteren Wortmeldungen und haben von uns aus die inhaltlichen Fragen und Bemerkungen abgeschlossen. Wir würden Ihnen jetzt noch einmal Gelegenheit für ein Statement geben und dann kommen wir in die Beschlussfassung. Bitte schön.

Herr Brückmann: Okay, noch einmal abschließend zur Frage der Finanzierung. Ich habe keinen Haushalt im Kopf, kann aber noch einmal darauf hinweisen www.asta-uhh.de. Dort findet sich der monatlich aktualisierte Soll-Ist-Vergleich, da kann man das genau nachvollziehen, das ist sehr transparent und wir würden uns freuen, wenn es das entsprechend für die Ausgaben zum G20-Gipfel auch gibt.

Frau Sepehrnia: Ich möchte eigentlich zum Abschluss nur auf diese eine immer wieder von Frau Möller, Herrn Dressel und anderen geäußerte Frage, was wäre denn gewonnen, wenn der Gipfel abgesagt würde, eingehen. Und das kann ich eigentlich relativ kurz machen. Für die politische Kultur dieses Landes und vieler anderer Länder ist ein absolutes Gift seit Jahrzehnten, das Diktum, es gäbe keine Alternative. Es gäbe keine Alternative zu der Bedienung von geschäftsmäßigen Interessen durch die Politik. Es gäbe keine Alternative zum Sozialabbau. Es gäbe keine Alternative zum militärischen Einschreiten in internationalen Konflikten. Es gäbe keine Alternative zu einem ungerechten Freihandel und so weiter, und so weiter. Immer soll es keine Alternative geben, denn die Macht sei nun einmal bei den anderen und das Recht des Stärkeren gelte. Eine Entscheidung, ob nun auch wirksam durchgesetzt oder auch nur als Meinungsbildung des Parlamentes dieser Stadt, zu sagen, wir wollen, dass dieser Gipfel hier nicht stattfindet, wäre eine Ermutigung für alle, die eine Alternative zu der Politik von sozialer Ungerechtigkeit und Krieg, die doch leider die letzten 20, 25 Jahre stark dominiert hat, wollen. Und auf diese Ermutigung kommt es an. Und das könnte sogar eine erfreuliche und vielleicht auch aufrichtende, ermunternde Aufgabe für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier sein, wie sie das eben auch für uns ist, immer und immer wieder aufzuzeigen, es gibt eine Alternative zum dem, was ist, eine bessere Alternative und man setzt sich dafür ein.

(Beifall)

Vorsitzende: Gut, vielen Dank. Dann danken wir Ihnen herzlich für die Erläuterung Ihres Anliegens hier in diesem Ausschuss. Das haben wir jetzt, glaube ich, auch gut miteinander erörtert. Damit wäre die Anhörung abgeschlossen beziehungsweise, wir haben uns mit der Petition befasst und müssen nun noch der Bürgerschaft empfehlen, wie sie damit umgeht. Ich gehe davon aus, dass wir in jedem Fall empfehlen, unsere Beratungen zur Kenntnis zu nehmen. Wollen wir darüber hinaus auch inhaltliche Empfehlungen abgeben? Herr Steinbiß.

Abg. Olaf Steinbiß: Ja, vielen Dank. Also einmal Kenntnisnahme natürlich und dann würde ich schon sagen, wir sollten das Anliegen der Volkspetition ablehnen und das der Bürgerschaft auch so berichten.

(Zuruf: Aha.)

Vorsitzende: Herr Müller.

Abg. Farid Müller: Ja, ich schließe mich dieser Empfehlung an. Frau Möller hat ja auch noch einmal dargelegt, dass wir das nicht als für geeignetes Instrument halten, das so auf den Weg zu bringen. Und insofern sind wir da in diesem Punkt einig.

Vorsitzende: Frau Schneider, dann Herr Gladiator.

Abg. Christiane Schneider: Das habe ich doch jetzt als Antrag verstanden, Herr Steinbiß? Oder? Also, da würde darüber abgestimmt?

(Abg. Olaf Steinbiß: Ja.)

– Okay. Dann werden wir dagegen stimmen. Wir werden für die Annahme des Anliegens stimmen.

Vorsitzende: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, zum einen aus inhaltlichen Gründen, zum anderen ist das Anliegen nicht abhilfefähig, wir können als Parlament dem Wunsch nicht folgen, denn wir können es nicht absagen, der Senat kann es auch nicht. Und das wäre doch arg täuschend von uns, wenn wir jetzt den Eindruck erwecken, wir stimmen zu. Also, wir wollten es als CDU nicht, aber selbst das wäre eine Täuschung. Wir würden Ihnen da keinen Gefallen damit tun, wenn wir so tun, als könnten wir es absagen. Hamburg kann es nicht. Und darum werden wir aus inhaltlichen Gründen und, weil die Bürgerschaft hier gar keine Abhilfe schaffen kann, dem Antrag der SPD zustimmen.

Vorsitzende: Gut. Dann stimmen wir jetzt einmal darüber ab, dass wir der Bürgerschaft empfehlen: Erstens, die Beratung zur Kenntnis zu nehmen und zweitens, das Anliegen der Volkspetition abzulehnen. Wer möchte so beschließen? Gegenstimmen?

(**Abg. Christiane Schneider:** Aber zur Kenntnis nehmen würden wir das schon.)

Dann machen wir es so. Erstens, zur Kenntnis zu nehmen, wer möchte das? Ja, gut. Zweitens noch einmal die Frage, der Bürgerschaft zu empfehlen, das Anliegen der Petition abzulehnen. Wer möchte so beschließen? Gegenstimmen? Enthaltungen haben wir nicht. Dann haben wir das mit einer Gegenstimme so beschlossen. Dann müssten uns noch darüber beraten, ob wir Einvernehmen darüber herstellen können, den Bericht noch auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaft zu nehmen. Jemand dagegen? Das sehe ich nicht. Dann haben wir das Einvernehmen hergestellt und nehmen das noch auf die Tagesordnung am 28. Juni 2017. Jetzt haben wir Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen.

Frau Sepehrnia: Wir danken und wir laden Sie alle ein, mit uns die Diskussion weiterzuführen in den akademischen Tagen am Campus, die in der Woche vor G20 und bis zum Ende des Gipfels stattfinden werden.

(Beifall)

Zu TOP 2:

Die Vorsitzende sprach die Tagesordnung für die nächste Sitzung am 4. Juli 2017 an und bat die Obleute, im Umlaufverfahren das Benehmen über Vorschläge für Tagesordnungspunkte herzustellen.

Carola Veit (SPD)
(Vorsitz)

Christiane Schneider
(Fraktion DIE LINKE)
(Schriftführung)

Martina Haßler
(Sachbearbeitung)